



POLITIK FÜR HANNOVER

Unser Programm für die
Region und Stadt Hannover

Kommunalwahl am
12. September 2021

afd-hannover.de
afd-hannover-land.de



Region Hannover. **Aber normal.**



Programm für die Region

Inhalt

1. Die Bürgerbeteiligung stärken.....	3
2. Unsere Familien sind die Basis unserer Gesellschaft..	5
3. Für bezahlbaren Wohnraum ohne Ghettobildung.....	7
4. Voraussetzungen für ein gutes Bildungssystem schaffen.....	8
5. Eine bürgernahe Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherstellen.....	10
6. Der Mittelstand und das Handwerk sind die Basis unseres Wohlstands	12
7. Für eine selbstbestimmte und freie Mobilität	13
8. Unsere regionale Landwirtschaft stärken	15
9. Mehr Sicherheit und Ordnung in der Region.....	17
10. Unsere Kultur und die deutsche Sprache erhalten... 	19
11. Integration statt „Bunter Vielfalt“	20
12. Das Ehrenamt und das Vereinswesen unterstützen. 	22
13. Umweltschutz statt Klimaschutz.....	23
14. Für eine schlanke und effiziente Regionsverwaltung	24
15. Solide Finanzen.....	25



1. DIE BÜRGERBETEILIGUNG STÄRKEN

Mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist eines unserer großen Ziele für unser Land, für unsere Bürger. Doch solange das Landesparlament – anders als in anderen Bundesländern - keine wesentlichen Änderungen im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschließt, bleibt nur die Möglichkeit, verstärkt Bürgerumfragen durchzuführen – und auch zu berücksichtigen! Dies ist derzeit der einzige Weg, dem Desinteresse und der Politikverdrossenheit entgegenzutreten.

- Dazu wollen wir uns verstärkt der Verpflichtung der Verwaltung bedienen, nach der diese die Einwohner bei Anträgen und Begehren zu unterstützen hat.
- Das bewährte Prinzip der Subsidiarität ist vollumfänglich einzuhalten. Wir wollen, dass die Regionsstädte und -gemeinden ihre Aufgaben möglichst ohne Einmischung der Regionsverwaltung wahrnehmen können. Denn die Kommunen sind deutlich näher am Bürger.
- Die zunehmende Einmischung der Region in die Städte und Gemeinden durch die Förderung von ideologisch bedingten Projekten lehnen wir ab. Diese Steuergelder sollen besser in den Kommunen verbleiben. Dort werden sie sinnvoller ausgegeben – und mit weniger Verwaltungsaufwand.



- Durch den Einsatz niedrigschwelliger Beteiligungsmöglichkeiten, wie Bürgerbefragungen, Beteiligungsplattformen und Bürgerhaushalten, sollen die Bürger stärker an kommunalpolitischen Entscheidungen mitwirken können.
- Dabei wollen wir in regelmäßigen Abständen unter Einbindung der Regionskommunen und kompetenter Sozialforscher Meinungen zu grundsätzlichen oder aktuellen Themen erfragen.



2. UNSERE FAMILIEN SIND DIE BASIS UNSERER GESELLSCHAFT

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien bei allen kommunalpolitischen Themen. Alle kommunalen Leistungen müssen systematisch auf deren Familienfreundlichkeit geprüft werden.

- Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten zu Familienbeauftragten aufwerten.
- Dienststellen mit Publikumsverkehr sollen mit Kinderspielecken ausgestattet werden.
- Wir wollen den Zugang zu familienspezifischen Leistungen der Regionsverwaltung und der regionsangehörigen Kommunen erleichtern.
- Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial- bzw. Jugendausschuss) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressort-Interessen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik in der Region aufzuwerten, fordern wir die Einrichtung eines Familienausschusses.



Wir unterstützen Familien, die ihre Kinder bis zum 3. Lebensjahr zu Hause betreuen, damit sie eine echte Wahlfreiheit zwischen familiärer Betreuung und staatlich subventionierter Fremdbetreuung haben. Neben dem Regelbetrieb wollen wir deshalb kurzfristige und ergänzende Betreuungs- und Erziehungsangebote für Vorschul- und Schulkinder schaffen. Betreuungsnetzwerke für Tagesmütter und Hebammen wollen wir unterstützen.

- Wir wollen günstigen Wohnraum für junge arbeitende Familien mit Kindern (4-Zimmer-Wohnung) schaffen. Spiel- und Begegnungsflächen für die verschiedenen Generationen sollen in die Bauleit- und Flächennutzungsplanung einfließen und als Kriterium für die Zuschlagserteilung für Mehrfamilienhaus-Bauträger gelten.



3. FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM OHNE GHETTOBILDUNG

Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler. Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch auch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird.

- Für Familien ist es immer schwerer, Bauland und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deswegen wollen wir das Wohnen im ländlichen Raum für diese preiswerter und attraktiver machen.
- Die Wohn-Nebenkosten müssen deutlich reduziert werden. Die Region ist Spitzenreiter bei den Müllgebühren. Wir wollen, dass die Geschäftsfelder des Abfallverbands kritisch auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft werden.
- Bauvorschriften, die von der „Klimapolitik“ ideologisch motiviert sind, sollen ersatzlos gestrichen werden. Denn das wuchernde Gestrüpp an neuen Vorschriften lässt die Bau- und Wohnnebenkosten immer weiter in die Höhe schnellen.
- Schluss mit den „Sicheren Häfen“: Der unbegrenzte Zuzug erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt. Um der Wohnraumverknappung, insbesondere im bezahlbaren Mietwohnbau, entgegenzuwirken, muss der Migrationsdruck auf unsere Städte und Gemeinden schnell beendet werden.

4. VORAUSSETZUNGEN FÜR EIN GUTES BILDUNGSSYSTEM SCHAFFEN

Wir bekennen uns zum Humboldt´schen Bildungsideal und treten daher für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes und durchlässiges Schulsystem in Niedersachsen ein. Die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem streben wir an. Bildungseinrichtungen sollen ein klares Bekenntnis zur deutschen Kultur und Lebensweise vermitteln.

- Kleine Grundschulen müssen erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Hier müssen die kommunalen Schulträger im Sinne des Erhalts der Dorfschulen aktiv werden.
- Wir unterstützen eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Ein digitalisierter Heimunterricht wie zu Corona-Zeiten darf aber nur eine Ausnahme, nie die Regel sein.
- Die Region soll sich in besonderem Maße für den Erhalt der Förderschulen als eigenständigem Zweig in den allgemeinen Schulen einsetzen. Denn für uns ist es wichtig, dass Menschen mit Beeinträchtigung sich immer als Teil unserer Gesellschaft verstehen.



- Durch die zunehmende Zahl an Studenten wird der Fachkräftemangel zusehends verstärkt. Betroffen sind vor allem der Handwerks-, Industrie- und Dienstleistungssektor. Gerade für ländliche Regionen brauchen wir deshalb gute duale Ausbildungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund müssen wir die Berufsschulen mit zeitgemäßen Technologien und Prozessen ausstatten, um unsere Fachkräfte von morgen zukunftsorientiert vorzubereiten.
- Wir setzen uns langfristig für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und für freies Schulessen für alle Kinder ein.

5. EINE BÜRGERNAHE GESUNDHEITSVERSORGUNG IN STADT UND LAND SICHERSTELLEN

Wir wollen das deutsche Gesundheitssystem mit der Zielsetzung reformieren, dass eine am Menschen orientierte wohnortnahe medizinische Versorgung sichergestellt wird. Für die Region bedeutet dieses, genau hinzuschauen, dass eine wohnortnahe Grundversorgung erreicht bzw. beibehalten wird.

- Wir stehen für den Erhalt auch der kommunalen Krankenhäuser in der Region Hannover und unterstützen eine Krankenhaus-Nahversorgung für Notfälle.
- Wir unterstützen alle Maßnahmen, die im Entscheidungsbereich der Region zu einem Abbau von Bürokratie führen. Das Pflege- und Krankenhauspersonal muss sich der Betreuung seiner Patienten widmen können. Die Dokumentation des „Qualitätsmanagements“ muss entsprechend begrenzt werden.
- Ein weiterer Baustein für die Verringerung der Bürokratie ist die elektronische Unterstützung aller Verwaltungsvorgänge. Dabei wollen wir nicht das Rad neu erfinden, sondern auf bewährte Softwarelösungen zurückgreifen.



- Mittelfristig stehen wir für den Erhalt des Klinikums Region Hannover, das sich vollständig aus eigenen Mitteln ohne Zuschüsse der Region Hannover finanzieren können muss.
- Eine bürgernahe medizinische Versorgung, insbesondere von Hausarztpraxen im ländlichen Raum, muss erhalten bzw. wieder geschaffen werden.



6. DER MITTELSTAND UND DAS HANDWERK SIND DIE BASIS UNSERES WOHLSTANDS

Eine starke Region braucht einen starken Mittelstand. Das Handwerk und der Mittelstand stellen einen Großteil der Arbeitsplätze und bilden mit ihrer Flexibilität und ihrem Erfindungsreichtum einen Stabilitätsanker für unsere regionale Wirtschaftsstruktur. Daher ist eine stetige und kontinuierliche Weiterentwicklung aller Wirtschaftsstandorte in der Region Hannover die Grundlage des Wohlergehens sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche.

- Wir wollen uns für die Beschleunigung von Antragsverfahren einsetzen. Durch die Umsetzung fester Serviceversprechen und Terminzusagen möchten wir verlässliche Verwaltungsleistungen sicherstellen.
- Die Unternehmen müssen die Gewissheit haben, dass ihre Rechnungen von der Region zeitnah beglichen werden.
- Eine Harmonisierung der unterschiedlichen Gewerbesteuern in den Gemeinden der Region Hannover sollte mittelfristig angestrebt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Langfristig treten wir für eine Abschaffung der Gewerbesteuer ein.
- Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen sollte zwischen den Kommunen abgestimmt werden. Sie sollte ausgewogen und zukunftsorientiert erfolgen und sich an den örtlichen Erfordernissen und Bedürfnissen der Bürger orientieren.
- Umweltzonen sollen für das Handwerk und den Mittelstand abgeschafft werden. Die Diesel-Mobilität darf nicht länger behindert werden.



7. FÜR EINE SELBSTBESTIMMTE UND FREIE MOBILITÄT

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnen wir ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss zudem bezahlbar bleiben.

- Verkehrsbeziehungen in der Region Hannover sind sowohl unter ökonomischen als auch ökologischen Gesichtspunkten zu verbessern.
- Die AfD steht für die Entwicklung und den Ausbau von Schnellwege-Konzepten für die unterschiedlichen Verkehrsträger. Die bisher vorhandene Verkehrsinfrastruktur muss erhalten und bei Bedarf erweitert werden.
- Unser Ziel ist ein ausgewogener Mix aus Individualverkehr und Öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV).
- Wir befürworten eine intelligente Steuerung des gesamten Verkehrsflusses für sämtliche Verkehrsmittel: Eine „Grüne Welle“ ist zur Reduzierung der Schadstoffemissionen und Verkehrsstaus besser geeignet als eine „Rote Welle“.



-
- Die Bedürfnisse des kleinteiligen Wirtschaftsverkehrs dürfen bei der zukünftigen Verkehrsplanung nicht aus dem Blick geraten. Unsere Ortszentren müssen auch weiterhin mit dem Auto erreichbar sein.
 - Der Bau weiterer „Park & Ride-Parkplätze“ zur Entlastung des städtischen Individualverkehrs wird von uns befürwortet.
 - Die AfD steht fortschrittlichen und sicheren Mobilitäts-Technologien offen gegenüber. Den Einsatz von Elektromobilität auch im ÖPNV lehnen wir ab, solange dieser weder ökonomisch noch in seiner Umweltbilanz mit den bewährten Technologien mithalten kann.



8. UNSERE REGIONALE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

Die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit regionalen und nationalen Lebensmitteln muss gewährleistet sein. Deshalb tritt die AfD für den Erhalt der landwirtschaftlichen Familienbetriebe ein. Zudem leisten diese Betriebe eine erhebliche Wertschöpfung. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe darf nicht länger durch ideologische Maßnahmen beeinträchtigt werden.

- Qualität und Frische haben Ihren Preis. Die Erzeuger sind in der Lebensmittelkette zu stärken. Dazu gehört auch die Erhaltung attraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Junglandwirte bei der räumlichen Planung und Entwicklung.
- Wir wollen die landwirtschaftliche Direktvermarktung in der Region vereinfachen und stärken, indem wir öffentlich und zentral Anbieter und Nachfrager über Märkte und weitere Verkaufsmöglichkeiten informieren. Dies muss in Abstimmung mit den Kommunen erfolgen.
- Wir müssen unsere regionale Landwirtschaft vor den Folgen einer verschärften Düngeverordnung schützen, die teilweise das Pflanzenwachstum behindert. Denn die Verordnung widerspricht dem individuellen Nährstoffbedarf von Kulturpflanzen wie auch dem Erhalt der Artenvielfalt.
- Naturschutz und Landschaftspflege stehen nicht im Gegensatz zur landwirtschaftlichen Nahrungsmittelversorgung.



-
- Die landwirtschaftliche Nahrungsmittelversorgung steht nicht im Gegensatz zu Naturschutz und Landschaftspflege, denn Landwirte denken in besonderer Weise in Generationen und wollen ihren Nachfahren eine möglichst intakte Umwelt hinterlassen.
 - Der Ausbau der „erneuerbaren“ Energien ist zu Gunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft einzuschränken. Gesunde Nahrungsmittel sind einer ideologisch begründeten „Energiewende“ vorzuziehen.
 - Bewilligungsverfahren für Bauten oder Umbauten im Sinne einer artgerechten Nutztierhaltung sind unter Einhaltung der Deutschen Tierschutzverordnung deutlich zu beschleunigen.
 - Wir wollen eine landesweite „Bildungsinitiative Landwirtschaft“ anstoßen. Bereits der junge Mensch muss wissen, dass die Nahrung nicht aus dem Kühlregal kommt.

9. MEHR SICHERHEIT UND ORDNUNG IN DER REGION

Die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch staatliche Institutionen ist ein Schutzrecht des Bürgers. Polizei, Soldaten und Rettungsdienste verdienen besondere Anerkennung und Würdigung durch die kommunale Verwaltung. Gerade die Rettungsdienste arbeiten oftmals ehrenamtlich. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen.

- Der Verlust von Sicherheit in öffentlichen Räumen muss mit mehr Klarheit und Ehrlichkeit thematisiert werden. Man kann nur handeln, wenn deutlich ist, wo es Handlungsbedarf gibt.
- Die Hemmschwelle für Angriffe gegenüber den Beschäftigten von Ordnungsämtern und Rettungsdiensten ist stark gesunken. Beschäftigte in unseren kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen besser geschützt werden. Wir fordern die rigorose Verfolgung von Straftaten durch eine enge Zusammenarbeit der kommunalen Akteure mit der Polizei.
- Feuerwehr- und Rettungsdienste sind das Rückgrat eines straffen und gut organisierten Bevölkerungsschutzes. Der Nachwuchsgewinnung und langfristigen Personalbindung muss in der Region Hannover eine höhere Bedeutung zukommen.



-
- Wir setzen uns deshalb für eine Erhöhung der Förderbeiträge für die Jugendarbeit der Regionsfeuerwehr ein. Mit den Vertretern der Rettungsdienste in der Region wollen wir ein Konzept zur Unterstützung ihrer Jugendarbeit erörtern.
 - Sicherheit beginnt auch mit gelungener Integration. Die Integration in der Region Hannover ist als gescheitert zu bezeichnen. Einer der Gründe ist darin zu finden, dass die deutsche Kultur auf dem politisch ideologisierten Altar der „bunten Welt“ geopfert wird.

10. UNSERE KULTUR UND DIE DEUTSCHE SPRACHE ERHALTEN

Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Die Nationalsprache ist das Herz unserer Kulturnation. Unsere ländlichen Räume sind Kulturräume und als solche schützenswert, sehenswert und lebenswert.

- Unsere Sozialgemeinschaft, unser Wirtschafts- und Sozialsystem sind Garant unserer Freiheit und unseres Miteinanders. Unsere Werte und somit unsere Kultur sind die Träger all dessen. Der Erhalt unserer Kultur ist die Basis für eine sichere Zukunft.
- Die deutsche Kultur ist eine Kultur der Dichter und Denker. Sie ist eine schöpferische Kultur. Sie ist geprägt von Leistungswillen und vom Erfindergeist der arbeitenden Menschen. Die Region Hannover hat hier das nötige Umfeld zu bieten und zu erhalten (Schulen, Gewerbe etc.).
- Die deutsche Sprache, als Träger unserer Haltung, unseres Miteinanders und unserer Ideale, ist unabdingbare Voraussetzung einer gelungenen Integration. Deshalb muss auf dem Erwerb der deutschen Sprache das Hauptaugenmerk liegen.
- Wir werden deshalb im Rahmen aller Möglichkeiten unsere regionalen Sprach- und Kulturangebote unterstützen.

11. INTEGRATION STATT „BUNTER VIELFALT“

Das Integrationskonzept der Region Hannover ist fehlkonzipiert, weil es die Verschiedenheit einzelner Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung überbetont und so ihre Abgrenzung und Bildung von Parallelgesellschaften befördert. Nur eine starke gelebte und selbstbewusste deutsche Leitkultur kann Zuwanderern den Anreiz bieten, die hier geltenden Werte und Normen für das eigene Leben zu übernehmen.

- Integration im Interesse unserer Bürger bedeutet, Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, die sich unseren Werten, unserer Gesellschaft und unseren Leitprinzipien verbunden fühlen und diese vorbehaltlos akzeptieren.
- Integration muss nicht zwangsläufig zur Assimilation führen; diese sollte aber erstrebenswertes Ziel einer Gesellschaft sein, die Wert auf Einigkeit legt.
- Integration ist keine Einbahnstraße. Sie ist eine Bringschuld des Zuwanderers. Integrationsziele sind klar zu benennen, zu definieren und eindeutig nach außen zu kommunizieren.
- Der Erwerb der deutschen Sprache und deren Anwendung ist der wichtigste Integrationsbaustein. Der Spracherwerb sollte insbesondere für Kinder im Vorschulalter unterstützt werden.



-
- Sämtliche anderen kommunal geförderten Integrations- und Betreuungsprojekte hingegen sind auf ihre Erfolgswirksamkeit zu prüfen. Der stetig wachsenden Asylindustrie muss Einhalt geboten werden.
 - Integrationsunwillige Zuwanderer erzeugen No-Go-Areas, Clankriminalität und Ghettobildungen. Die Kommunen und die Region müssen daher die Entstehung von sozialen Brennpunkten frühzeitig erkennen und unterbinden. Kriminelle Zuwanderer sind zwingend und konsequent abzuschieben.

12. DAS EHRENAMT UND DAS VEREINSWESEN UNTERSTÜTZEN

Das Ehrenamt ist ein bedeutendes Gut unserer Gesellschaft. Ohne dieses wäre unsere Gesellschaft nicht annähernd so leistungsfähig, der Staat wäre mit diesen Aufgaben hoffnungslos überfordert. Deswegen ist das Ehrenamt auch besonders zu unterstützen, zu beschützen und zu erhalten.

- Die lokalen Vereine sind Träger von Gemeinsinn und Kultur, gerade auch des ländlichen Miteinanders. Diese sollen durch die Region gefördert werden, sofern sie den Bereich der Region betreffen.
- Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft. Nur ausgebildete Trainer können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Deshalb soll der Qualifikationserwerb durch die Region unterstützt werden.
- Das gemeinnützige kommunale Ehrenamt, die Brauchtumpflege in den Schützenvereinen und der freiwilligen Feuerwehr sind wichtige Integrationsanker für Ausländer mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive. Diese Form der Integrationsbemühungen wollen wir fördern.
- Wir befürworten die Nachwuchswerbung in den Schulen.

13. UMWELTSCHUTZ STATT KLIMASCHUTZ

Umweltschutz ist Heimatschutz – nicht Klimaschutz.

- Wir lehnen einen weiteren Ausbau der Windenergie in der Region Hannover ab, weil sie die gewachsenen Kulturlandschaften und Wälder nachhaltig zerstört.
- Mit den wichtigen Belangen des Natur- und Artenschutzes ist die Windenergienutzung unvereinbar, weil sie nachweislich die Biodiversität zerstört.
- Naturschutz lässt sich nur im Einklang zwischen Mensch und Natur realisieren.
- Bei der Neuausweisung von Naturschutzgebieten müssen im Rahmen der Beteiligungsverfahren Öffnungsklauseln für Angler und Jäger möglich sein. Wer Menschen aus der Natur ausgliedert, darf sich nicht wundern, wenn das Verantwortungsbewusstsein für die eigene Umwelt sinkt.
- Die Region Hannover soll nur das an „Klimaschutzmaßnahmen“ umzusetzen, was der Gesetzgeber auch verlangt. Weitergehende Maßnahmen, zu welcher sich die Region eigenständig ermächtigt, lehnen wir ab.

14. FÜR EINE SCHLANKE UND EFFIZIENTE REGIONSVERWALTUNG

Die Aufgaben der Regionsverwaltung sind vielfältig und komplex. Für viele Bürger ist deshalb nur schwer nachvollziehbar, wer wofür in der Region und den Kommunen zuständig ist. Das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit wie auch die vielfältigen Formen der Beteiligungen an Unternehmen tragen weiter dazu bei. Hier gilt es Transparenz zu schaffen und die Strukturen - wo möglich - zu vereinfachen.

- Wir werden ein übersichtliches Informationssystem schaffen. Ein erster Schritt ist die Darstellung aller Regionsseiten im Internet unter einer eigenen Domain, die durch die Region selbst betrieben wird. Schluss mit dem unendlichen Suchen.
- Die Abwanderung kompetenter Mitarbeiter aus den Städten und Gemeinden in die Regionsverwaltung soll verringert werden. Mit der Rückübertragung von kommunalen Aufgaben an die Städte und Gemeinden ist ein erster Schritt dazu geleistet.
- Allen Tendenzen eines Multi-Kulti in der Regionsverwaltung erteilen wir eine Absage. Alle Bewerber müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen – ausnahmslos.
- Kompetenz kennt keine Quote: Unabhängig von allen sonstigen „weichen“ Faktoren soll es bei Einstellungen primär auf die Fachkompetenz ankommen. Und erst recht darf nicht das Parteibuch den Ausschlag geben für die Besetzung höherer Positionen.



15. SOLIDE FINANZEN

Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir können selbst am besten darüber (mit)entscheiden, wofür wir unsere verfügbaren Mittel verwenden wollen. Wir wehren uns daher gegen die zunehmende Entmündigung durch steigende Steuerbelastungen und die kalte Enteignung durch Inflation.

- Der Haushalt der Region muss auch für die steuerzahlenden Bürger transparenter werden, so dass sich diese ein eigenes Bild über die Verwendung ihrer Zwangsabgaben verschaffen können.
- Der Abstimmungsprozess und die Festlegung der Regionsumlage wie auch deren geplante Verwendung sollen unter Information der Öffentlichkeit stattfinden.
- Nur ein schuldenfreier Haushalt ist ein nachhaltiger Haushalt. Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als vorher eingenommen wurde. Nur so haben nachkommende Generationen frei von finanziellen Belastungen die Chance, darüber zu entscheiden, was für sie wichtig ist. Das Schneeballsystem einer steigenden Verschuldung muss gestoppt werden.
- Die von Bund und Land übertragenen Aufgaben sind durch diese vollständig zu finanzieren. Das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) kann die betreffenden Posten genau ausweisen. Wir werden das NKR so anwenden.



-
- Sämtliche Förderungen und freiwilligen Aufgaben der Region müssen einer ergebnisorientierten Prüfung unterworfen werden. Ein „Berichtswesen“ reicht dazu nicht aus.
 - Grundsätzlich wollen wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten alle ideologisch motivierten Ausgaben unverzüglich streichen (Gendersprache, -budgeting, Klima„schutz“, E-Mobilität, Gleichstellung (welche die sinnvolle Wahrung der Gleichberechtigung verdrängt hat)).
 - Die hierdurch möglichen Einsparungen im Haushalt sollen den Kommunen zugutekommen. Diese haben dann die Chance zu Steuersenkungen zu Gunsten der steuerzahlenden Bürger.



Vorwort zum Programm für die Stadt

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist die Bewegung vieler verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich auf allen Handlungsebenen in der Bundesrepublik Deutschland (Bund, Länder, Kommunen) gebildet hat, um den gravierenden Fehlleistungen einer abgehobenen und verselbstständigten Führungselite entgegenzusteuern.

Unsere Stadt und unsere Region haben wichtige Beiträge zur Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt geleistet. Gottfried Wilhelm Leibniz, der letzte Universalgelehrte und Namensgeber unserer Universität, war einer der bedeutendsten Philosophen des ausgehenden 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts sowie einer der wichtigsten Vordenker der Aufklärung. Karl Jatho, unser heimischer Flugpionier, soll einer der ersten Menschen gewesen sein, die einen motorisierten Flug durchgeführt haben. Elly Beinhorn hat dann später mit ihren Afrikaflügen, Weltumrundungen und sonstigen Rekordflügen das Potential der Fliegerei deutlich gemacht und gezeigt, welche großartige Leistungen Frauen vollbringen können. Der Hannoveraner Emil Berliner hat die Schallplatte erfunden und damit Sprache und Musik zum ersten Mal dauerhaft konservierbar und transportabel gemacht. Hermann Bahlsen entstammt einer in Hannover alteingesessenen Tuchhändler- und Goldschmiedefamilie und hat etwas erfunden, was viele von uns täglich begleitet: „Was isst die Menschheit unterwegs? Na selbstverständlich Leibniz-Keks!“



An diese großartigen Beiträge wollen wir anknüpfen. Die Alternative für Deutschland ist die neue politische Kraft im 21. Jahrhundert, die die Interessen der Familien und der arbeitenden Bevölkerung in den Fokus der Politik stellt und das ideologische Schubladendenken vergangener Jahrzehnte beenden wird, auch in der Landeshauptstadt Hannover.

Wir sind Hannoveraner Bürger, die mit Sorge sehen, wie die überkommenen Parteien auch in Hannover durch Inkompetenz, Vetternwirtschaft und ideologische Verblendung für Fehlentwicklungen sorgen, an denen die Bevölkerung lange zu tragen haben wird. Beispielhaft wollen wir hier die weiter verfallende Infrastruktur der öffentlichen Schulen, die Wohnungspolitik, die beängstigende Entwicklung der regionalen Krankenhausversorgung im Klinikum Region Hannover sowie die Kriminalitätsentwicklung nennen. Die seit 2015 im Grundsatz unveränderte Asylpolitik hat auch für Hannover eine weiterhin erhebliche Zuwanderung in das Sozialsystem zur Folge, wodurch diese Fehlentwicklungen weiter massiv verschärft werden. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen der Lockdown-Krise, welche die etablierte Politik durch ihre hysterischen, unausgewogenen und teils willkürlich erscheinenden Maßnahmen maßgeblich zu verantworten hat, kommen verschärfend hinzu.

Die Alternative für Deutschland ist mit 8,6 Prozent der Stimmen bei den Kommunalwahlen im Herbst 2016 als politisches Korrektiv erstmals in den Rat der Landeshauptstadt Hannover eingezogen. Seitdem hat die AfD-Ratsfraktion unter anderem mit weit über 300 Anträgen auf allen kommunalpolitischen Themenfeldern Vorschläge unterbreitet, wie die Verwaltungsleistung der Landeshauptstadt für die Bürger verbessert werden kann.



Eine Zusammenarbeit mit der AfD auf der Sachebene ist leider jedoch bislang von allen anderen Parteien kategorisch ausgeschlossen worden, sämtliche Anträge werden pauschal abgelehnt. Dennoch sind in den vergangenen fünf Jahren einige wichtige Entscheidungen zum Wohl der hannoverschen Bürger getroffen worden, die sicherlich auch auf den politischen Druck und die Angst der Etablierten vor einem weiteren Erstarken der AfD zurückzuführen sind: Beispielhaft sind hier die Abschaffung der Kita-Gebühren, die Aufhebung von Straßenausbaubeiträgen sowie die Angleichung bei der Unterbringung von Obdachlosen an den Standard von „Flüchtlingen“ zu nennen.

Die Alternative für Deutschland ist eine mutige und basisdemokratische Volkspartei, in der alle Berufsgruppen und Bildungsniveaus gleichberechtigt zusammenwirken. Sie richtet sich an alle Menschen in der Stadt, die sich unser Land nicht von einer ideologisierten Minderheit zerstören lassen wollen.

Unterstützen Sie uns!

**Machen Sie Deutschland wieder zu Ihrem Land
und Hannover zu Ihrer Region bzw. Stadt.**



PROGRAMM FÜR DIE STADT

1. DIREKTE DEMOKRATIE 38

1.1 Direkte Demokratie in der Kommune leben – für mehr Bürgerentscheide und Einwohnerbefragungen 38

1.2 Der Bürger ist Souverän und nicht Untertan – Respekt vor dem Bürgerwillen statt ideologischer Bevormundung 39

1.3 Mehr Bürgernähe – politische Entscheidungen für den Bürger transparenter machen 40

1.4 Finanzierung der Kommunen sicherstellen – für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 41

2. WOHNUNGSPOLITIK 42

2.1 Der Wohnungsmarkt in Hannover ist bereits angespannt – illegale Zuwanderung ist zu beenden 42

2.2 Der Zuwachs von Wohnungen lebt von privatem Engagement – für ein investitionsfreundliches Klima ohne überbordende Bauvorschriften..... 43

2.3 Hannover kann nicht unendlich wachsen – für eine Stadtverdichtung mit Augenmaß..... 45

2.4 Eine erfolgreiche Gesellschaft lebt von Solidarität – für eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus 45

2.5 Für spürbare Erleichterungen beim Erwerb von Wohneigentum – unsere Bürger müssen steuerlich entlastet werden, zum Beispiel durch den Erlass der Grundsteuer 46



3. FAMILIENPOLITIK.....47

3.1 Für eine Stärkung der traditionellen Familie – überbordende Förderung der Gender-Ideologie beenden ... 47

3.2 Staatliche Kinderbetreuung muss der Individualität der Familien gerecht werden – für den Erhalt der freien Wahlmöglichkeit bei der Kinderbetreuung..... 47

3.3 Familien haben Vorrang – für eine stärkere finanzielle Entlastung der Familien bei der städtischen Kinderbetreuung 48

3.4 Übernahme der Erziehungsaufgaben durch den Staat zurückschrauben – Familien mehr Freiräume für eine eigenverantwortliche Erziehung schaffen, insbesondere im Frühkindbereich..... 49

3.5 Erst Scheidung, dann Armut – Alleinerziehende müssen stärker unterstützt werden..... 50

4. VERKEHR UND MOBILITÄT.....51

4.1 Für einen ideologiefreien Verkehrsmix – gegen staatliche Bevormundung bei der Wahl des Verkehrsmittels 51

4.2 Freie Fahrt für freie Bürger – individuelle Mobilität hat auch in der Zukunft ihren berechtigten Platz 51

4.3 Innerstädtischen Einzelhandel schützen – gegen das Konzept einer autofreien Innenstadt..... 52

4.3 Vorwiegend oberirdische Stadtbahnen sind kein langfristiges Zukunftsmodell – für eine Erweiterung des Tunnelnetzes, wo immer dies möglich ist..... 52



4.4 Ein attraktiver ÖPNV lebt von Vernetzung – für den Bau neuer S-Bahnhöfe mit Umsteigemöglichkeiten im Stadtgebiet	53
4.6 Radverkehr in Hannover noch attraktiver und sicherer machen – für einen flächendeckenden Ausbau des Radwegenetzes.....	54

5. WIRTSCHAFT.....55

5.1 Kehraus nach den „Lockdowns“ – welche Verantwortung haben Politik und Verwaltung für die Folgen der Lockdown-Maßnahmen?	55
5.2 Den Wirtschaftsstandort Hannover stärken – für den Erhalt und die stete Fortentwicklung einer zukunftssichernden Infrastruktur	55
5.3 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Kommune – für ein wirtschaftsfreundliches Politikklima ohne ideologisch motivierte Auflagen und ausufernde Bürokratie	56
5.4 Städtische Monopole verantwortungsvoll gestalten – durch effizientes Wirtschaften dem Bürger preisgünstige Leistungen anbieten	57
5.5 Den heimischen Mittelstand stärker in den Fokus nehmen – für eine bevorzugte Auftragsvergabe an lokale Unternehmen im Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten	58
5.6 Halal-Messe statt Cebit? – Hannovers inter-nationales Ansehen als Messestandort wiederherstellen	59



6. FINANZEN UND VERWALTUNG61

6.1 Haushaltspolitik muss auf die nachfolgenden Generationen Rücksicht nehmen – für einen sofortigen Stopp der rot-grünen Schuldenpolitik 61

6.2 Konzentration auf das Wesentliche – generelle Überprüfung der städtischen Ausgabenposten auf Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit 62

6.3 Effiziente Stellenplanung – weitere Aufblähung des Verwaltungsapparats stoppen 62

6.4 Die Landeshauptstadt ist politisch neutral – generelle Überprüfung der städtischen Zuwendungsempfänger auf Förderungswürdigkeit im öffentlichen Interesse 63

6.5 Gießkannenprinzip bei der Zuwendungsvergabe beenden – für eine wirksame Erfolgs- und Zweckmäßigkeitkontrolle der von der Stadt geförderten Organisationen, Projekte und Initiativen 64

6.6 Reform städtischer Gremien – für eine Reduzierung der Ausschüsse, Beiräte und Kommissionen auf Rats- und Bezirksratsebene 65

6.6 Bund der Steuerzahler: „Fördermittel auf ein vernünftiges Maß begrenzen“ – für eine Kürzung der üppigen Zuwendungen an die Ratsfraktionen 67

6.7 Der Kunde ist König – Aufhebung der verpflichtenden Terminvergabe in den Bürgerämtern 68

6.8 Kein Ideologiezwang in der Sprache – Aufhebung der Gender-Sprachvorschriften der Landes-hauptstadt Hannover 69



7. ÖFFENTLICHE ORDNUNG70

- 7.1 Sauberkeit ist die kleine Schwester der Sicherheit – entschlossen gegen die Vermüllung des öffentlichen Raums vorgehen..... 70
- 7.2 Der Hauptbahnhof ist ein Aushängeschild unserer Stadt – ausufernder Drogenszene und Vermüllung wirksam entgegnetreten 71
- 7.3 Ohne Sicherheit keine Freiheit – Hannovers Bürger sollen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit überall wohl und sicher fühlen können..... 73
- 7.4 Rechtsfreie Räume dürfen nicht toleriert werden –Recht und Gesetz konsequent durchsetzen 74
- 7.5 Der städtische Ordnungsdienst hat sich bewährt – seine Präsenz in den Stadtteilen sollte verstärkt werden 75

8. BILDUNG76

- 8.1 Ein Gemeinwesen benötigt Identifikation – für die Vermittlung eines positiven Werte- und Gesellschaftsbildes in den städtischen Bildungseinrichtungen 76
- 8.2 Kinder vor Ideologie schützen – Genderwahn ist nicht jugendfrei..... 77
- 8.3 Zurück zum dreigliedrigen Schulsystem – Gesamtschulausbau in Hannover stoppen..... 77
- 8.4 Förderschulen im Stadtgebiet wieder reaktivieren – gegen eine falsch verstandene Radikalinklusion..... 78
- 8.5 Nachfolgende Generationen in den Mittelpunkt stellen – für Lehrmittelfreiheit und freies Schulesen..... 79



8.6 An Schulen, in denen es von der Decke tropft, lernt es sich schlecht – Schulsanierung noch entschiedener in Angriff nehmen.....	79
8.7 Für eine ausgewogene Mischkost an unseren Schulen und Kitas – gegen religiöse und grün-ideologische Speiseverbote	80
8.8 Hannovers Schulen müssen zukunftsfähig werden – für die unverzügliche Umsetzung eines tragfähigen Medien- und Digitalisierungskonzeptes	81

9. KULTUR UND SPORT82

9.1 Kulturelle Überlieferung lebendig halten – für eine Förderung von identitätsstiftender Brauchtumpflege	82
9.2 Erfolgreiche Integration erfordert ein positives Selbstbild – für eine Stärkung der Identifikation mit unserer Heimat	82
9.3 Wir sagen Ja zur Religionsfreiheit – Aber Nein zum Muezzin-Ruf in Hannover.....	84
9.4 Vereine sind maßgebliche Säulen einer intakten Gemeinschaft – Schließung von Sportstätten ist kurzsichtiger Aktionismus – für eine stärkere Vernetzung zwischen Vereinen sowie Schulen und Kitas	85
9.5 Das Schützenfest ist ein gesellschaftlicher und kultureller Höhepunkt unserer Stadt – wir wollen diese Tradition in die Zukunft tragen	86
9.6 Hannover ist Sportstadt – Spitzen- und Breitensport gleichermaßen fördern	87



10. SOZIALES88

10.1 Eine gespaltene Stadtgesellschaft wird auf Dauer nicht erfolgreich sein – für eine stärkere soziale Durchmischung in den Stadtteilen 88

10.2 Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen erhalten – für die Schaffung umfassender Angebote im Bereich der gemeinnützigen Arbeit 89

10.3 Die Stadtkasse ist kein Selbstbedienungsladen – für eine systematische Überprüfung der Anspruchsberechtigten von Sozialleistungen 90

10.4 Übernahme von Verantwortung auch gegenüber den älteren Bürgern – für den Erhalt und die Stärkung kommunaler Fürsorgeprogramme für Senioren..... 91

10.5 Kindern und Jugendlichen auf die richtige Bahn helfen – für eine stärkere Qualitätskontrolle bei den Angeboten der Jugendarbeit..... 92

10.6 Eine funktionierende Gesellschaft darf niemanden vergessen – für die Schaffung angemessener Verhältnisse bei der Unterbringung von Obdachlosen 92

10.7 Eine menschenwürdige Unterbringung von Obdachlosen ist auch eine Frage der Anzahl – gegen eine Überforderung der Kapazitäten durch EU-Armutszuwanderung 93



11. UMWELT.....95

11.1 Umweltschutz statt Klimahysterie – Ganzheitliche
Umweltpolitik statt Millionenausgaben für fragwürdige
Ideologie 95

11.2 Die "Energiewende" ist ein teurer und gefährlicher Unfug
– ohne konventionelle Kraftwerke geht es nicht 96

11.3 Schützt unsere Kleingärten – Verdichtung muss auch auf
diese städtischen Naturräume Rücksicht nehmen 97

11.4 Für ein eine Verbesserung unseres Stadtklimas – mehr
Grün im öffentlichen Raum 98

11.5 Eine Stadt muss „atmen“ – für ein umfassendes
Programm zur Entsiegelung von Bodenfläche im Stadtgebiet
..... 98

11.6 Insekten sind unverzichtbarer Bestandteil unseres
Ökosystems – für die Erhaltung und die Schaffung
insektenfreundlicher Lebensräume 99

12. WAHLAUFRUF.....101



1. DIREKTE DEMOKRATIE

1.1 DIREKTE DEMOKRATIE IN DER KOMMUNE LEBEN – FÜR MEHR BÜRGERENTSCHEIDE UND EINWOHNERBEFRAGUNGEN

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dieser Anspruch wird nicht ausreichend damit erfüllt, dass Wähler alle vier oder fünf Jahre ein Kreuz machen, sonst aber kaum Möglichkeiten haben, auf politische Entwicklungen und Entscheidungen auf kommunaler Ebene direkten Einfluss zu nehmen. Immer mehr Bürger resignieren, ziehen sich auf die Position „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“ zurück. Dagegen hilft nur: Mehr direkte Demokratie wagen!

Die Niedersächsische Kommunalverfassung sieht vor, dass der Rat der Landeshauptstadt Hannover Einwohnerbefragungen durchführen kann. Hierbei handelt es sich um ein wichtiges Instrument, um die Auseinandersetzung mit konkreten Sachfragen der Kommune zu fördern und das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen, dem man angehört, zu stärken. Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, dass die hannoverschen Bürger durch Einwohnerbefragungen deutlich mehr als bisher in zentrale kommunale Entscheidungen, wie die Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Straßen, die Verwirklichung von großen Bauprojekten sowie nicht zuletzt die Umbenennung von Straßen, einbezogen werden.

Als zweites wichtiges Element der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene sieht die Niedersächsische Kommunalverfassung Bürgerentscheide infolge eines Bürgerbegehrens vor. Insbesondere durch das hohe Quorum



und Themenausschlüsse werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jedoch oft behindert. Die kommunalen Mandatsträger der AfD Hannover fordern den Niedersächsischen Landtag auf, die Hürden für Bürgerbegehren deutlich zu senken. Zudem soll die Niedersächsische Kommunalverfassung um die Möglichkeit ergänzt werden, dass auch der Rat selbst – ohne vorausgehendes Bürgerbegehren – die Durchführung eines verbindlichen Bürgerentscheids beschließen kann, wie dies bereits in vielen Gemeindeordnungen anderer Bundesländer verankert ist.

1.2 DER BÜRGER IST SOUVERÄN UND NICHT UNTERTAN – RESPEKT VOR DEM BÜRGERWILLEN STATT IDEOLOGISCHER BEVORMUNDUNG

Die vergangenen Jahre zeigen auch auf kommunaler Ebene die zunehmende Tendenz der etablierten Parteien, die Bürger ideologisch bevormunden zu wollen, anstatt ihren Willen ernst zu nehmen. So wurde beispielsweise die Umbenennung der geschichtsträchtigen Hindenburgstraße beschlossen, obwohl sich eine deutliche Mehrheit der Anwohner im Rahmen einer örtlichen Umfrage für die Beibehaltung des Namens ausgesprochen hatte. Auch hat sich zum Beispiel im Rahmen des Bauprojekts „Wiesenstraße“ gezeigt, dass Bürgerinitiativen von Vertretern der etablierten Parteien vermehrt ignoriert und verunglimpft werden.

Die AfD in Hannover wird sich dafür einsetzen, dass dem Bürgerwillen auch auf kommunaler Ebene wieder stärker Respekt gezollt wird. Die Bürger von Hannover sind mündig genug, um kommunalpolitische Entscheidungen selber zu treffen. Die Umsetzung des Bürgerwillens hat für die kommunalen Volksvertreter der AfD Hannover deshalb oberste



Priorität. Die politischen Eliten sollten der eigenen Bevölkerung nicht länger mit ideologisch und machtpolitisch bedingtem Misstrauen gegenüberstehen!

Im Corona-Doppeljahr 2020/2021 ist der überwunden geglaubte Obrigkeitsstaat, der seine Bürger als Untertanen sieht, wieder einmal deutlich zu Tage getreten. Anstatt ausgewogen und nachvollziehbar zu informieren, hat auch in Hannover die Politik Angst und Hysterie verbreitet. Sie hat oftmals unlogische und vielfach unverhältnismäßige Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten durchgesetzt, ohne dass sie diese mit einer soliden wissenschaftlichen Datenbasis untermauern konnte. Als Partei der Bürgerrechte stellt sich die AfD Hannover auch solchen pauschalen und nicht ausreichend begründeten Freiheitseinschränkungen entschlossen entgegen.

1.3 MEHR BÜRGERNÄHE – POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN FÜR DEN BÜRGER TRANSPARENTER MACHEN

Ein transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln ist essentiell, um Misstrauen abzubauen und Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken. Die AfD Hannover fordert eine Veröffentlichung von allen relevanten Daten und Informationen aus Politik und Verwaltung, insbesondere mit Haushaltsbezug, zur freien Nutzung, soweit dies unter der Wahrung von Persönlichkeitsrechten zulässig ist. Die Daten sollen auf den städtischen Webseiten für den Bürger anschaulich und eingängig präsentiert werden. Auch von der städtischen Verwaltung gesammelte oder in Auftrag gegebene Forschungsdaten und -ergebnisse sind dort frei zugänglich zu machen.



Ebenfalls fordert die AfD Hannover die Einrichtung eines Internet-Live-Streams für die Ratsversammlungen, um hannoverschen Bürgern die Informationen über kommunale Entscheidungen und die von den Parteien vertretenden Meinungen zu erleichtern. Die Film- und Tonaufnahmen der Ratsversammlungen sind im Rahmen einer Mediathek auf der städtischen Webseite zur Verfügung zu stellen.

1.4 FINANZIERUNG DER KOMMUNEN SICHERSTELLEN – FÜR EINE STÄRKUNG DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG

Die AfD Hannover bekennt sich uneingeschränkt zur kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Grundgesetz. Damit die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft gesichert und verbessert werden kann, strebt sie mittelfristig die Stärkung der Souveränität der Kommunen an. Dazu gehört zum einen die Rückverlagerung öffentlicher Aufgaben. Es dient der Freiheit, der Verantwortlichkeit und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen, wenn jede Aufgabe und jedes Problem auf der niedrigsten möglichen Ebene gelöst werden.

Zum anderen ist eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, um ihnen mehr Gestaltungsspielraum zur eigenverantwortlichen Erfüllung lokaler Aufgaben zukommen zu lassen. Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD deshalb die kommunale Selbstverwaltung stärken; mit dem Ziel stetiger und planbarer Einnahmen für die Kommunen. Dabei sollen durch eine Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugesprochen werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommt.

2. WOHNUNGSPOLITIK

2.1 DER WOHNUNGSMARKT IN HANNOVER IST BEREITS ANGESPANNT – ILLEGALE ZUWANDERUNG IST ZU BEENDEN

Aktuelle Analysen zum hannoverschen Wohnungsmarkt sind alarmierend. Die Mieten sind derart stark gestiegen, dass sich ein Drittel der Haushalte in der Stadt keinen Wohnungswechsel mehr leisten kann. Schon eine nur 60 Quadratmeter große Durchschnittswohnung kostet inzwischen knapp 600 Euro Kaltmiete – zuzüglich aller Nebenkosten. Für die arbeitende Bevölkerung mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1500 Euro, und das ist fast ein Drittel der hannoverschen Bevölkerung, bedeutet das „eine Überbelastung der Haushalte durch Wohnkosten“, heißt es in einer Studie der Stadt zum Wohnungsmarkt.

Wenn dieses Thema im Stadtrat oder auch im Bauausschuss auf der Tagesordnung steht, wollen die etablierten Parteien nur über Symptome, aber nie über die Ursachen sprechen. Denn die Hauptursachen für die hohen Wohnkosten liegen in ihrer Politik begründet: preistreibende Klimapolitik, Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und fortgesetzte Massenzuwanderung. Zum Jahreswechsel 2020/2021 hat die sog. CO₂-Steuer die Heizkosten weiter erhöht. Bereits zuvor war das Bauen von günstigem Wohnraum angesichts enormer Klimaschutzauflagen kaum mehr möglich. Die Niedrigzinspolitik der EZB führt bereits seit Jahren zu einer Preisinflation, insbesondere im Immobilienbereich. Jungen Familien wird der Erwerb eines Eigenheims zunehmend unerschwinglich gemacht.



Die seit Jahren geduldete und seit 2015 dramatisch beschleunigte Massenzuwanderung treibt den Preis im Mietwohnungsbereich zusätzlich massiv nach oben. In den vergangenen Jahren sind der Stadt Hannover vom Land Niedersachsen viele Tausend „Flüchtlinge“ zugewiesen worden, und der Zustrom setzte sich auch nach dem Höhepunkt der "Flüchtlingskrise" 2015/2016 massiv fort. Noch im Mai 2018 waren es monatlich rund 180 Personen, im Jahr Gesamtjahr 2020 immer noch knapp 1100. Und Monat für Monat kommen etwa 80 weitere hinzu.

Ein großer Teil dieser „Flüchtlinge“ drängt letztlich auf den hannoverschen Wohnungsmarkt und konkurriert dort mit denen, „die schon länger hier leben“, um den ohnehin schon knappen Wohnraum. Ein Rückgang der Zuzugszahlen für die Zukunft ist nicht absehbar. Der Wohnungsmarkt in Hannover ist jedoch bereits derart angespannt, dass er eine weitere unkontrollierte Zuwanderung nicht verkraften kann. Die AfD Hannover strebt daher an, dass für die Landeshauptstadt Hannover ein Zuzugsstopp nach dem Vorbild der Stadt Salzgitter verhängt wird.

2.2 DER ZUWACHS VON WOHNUNGEN LEBT VON PRIVATEM ENGAGEMENT – FÜR EIN INVESTITIONSFREUNDLICHES KLIMA OHNE ÜBERBORDENDE BAUVORSCHRIFTEN

Um den hannoverschen Wohnungsmarkt mittelfristig zu entspannen, müssten nach Erhebungen der Region Hannover im Regionsgebiet bis zum Jahr 2025 im Idealfall mehr als 28.000 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen werden. Auch im Stadtgebiet ist es daher dringend erforderlich, dass seitens der Kommunalpolitik die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine möglichst schnelle Errichtung von zusätzlichem



Wohnraum zu fördern. Die AfD wird sich in Hannover mit Nachdruck dafür einsetzen, ein investitionsfreundlicheres Klima zu schaffen, um das private Bauen wieder attraktiver zu gestalten.

Viele Vorhaben werden durch ein Gestrüpp von Verfahrensvorschriften unnötig verzögert und verteuert. Das städtische Bauamt darf sich aber nicht zu einer Bauverhinderungsbehörde entwickeln. Private Initiative im Baubereich muss gefördert, nicht behindert werden. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Genehmigungsprozesse insbesondere durch die zügige Einführung eines digitalen Genehmigungsverfahrens deutlich optimiert werden. Weiterhin ist es zwingend erforderlich, überbordende Bauvorschriften auf das notwendige Maß zu reduzieren, zum Beispiel im Bereich übertriebener Brandschutzvorschriften, die derzeit den Ausbau einer Vielzahl von Dachgeschosswohnungen im Stadtgebiet verhindern. Bauen muss wieder einfacher und preisgünstiger werden!

Bundesweit bringt die etablierte Politik zudem zunehmend Instrumente wie Mietpreisbremse, Milieuschutz und Enteignungsphantasien ins Spiel. Durch sie werden private Investoren jedoch weiter verunsichert und damit die Entwicklung von Bestandsimmobilien verhindert. Die AfD Hannover erteilt all diesen unverhältnismäßigen Eingriffen in das private Eigentumsrecht eine deutliche Absage!



2.3 HANNOVER KANN NICHT UNENDLICH WACHSEN – FÜR EINE STADTVERDICHTUNG MIT AUGENMAß

Seitens der etablierten Politik wird regelmäßig der unlautere Versuch unternommen, den Bürgern zu suggerieren, es könnte beliebig viel neuer Wohnraum zur Aufnahme weiterer Personen im Stadtgebiet geschaffen werden. Zu einer realistischen Einschätzung der städtebaulichen Entwicklung Hannovers gehört allerdings auch, die Tatsache anzuerkennen, dass die Flächenressourcen begrenzt sind. Hannover wird nicht ins Unendliche wachsen können!

Die AfD Hannover wird sich deshalb für eine bauliche Verdichtung mit Augenmaß einsetzen, die Rücksicht auf die Endlichkeit natürlicher Ressourcen nimmt. Die AfD will ausreichende Grün- und Naturflächen im Stadtgebiet und die damit einhergehende Lebensqualität bewahren. Ziel der AfD ist eine maßvolle Verdichtung, welche vor allem die Aufstockung bestehender Gebäude bevorzugt, um schnell zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

2.4 EINE ERFOLGREICHE GESELLSCHAFT LEBT VON SOLIDARITÄT – FÜR EINE AUSWEITUNG DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS

Für die solidarische Stadtgesellschaft Hannovers ist es nicht hinnehmbar, dass Bürger mit niedrigem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens entrichten müssen. Die AfD Hannover setzt sich deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird und bevorzugt hierbei die Förderung von Genossenschaften.



Die Regelung des derzeitigen Wohnraumförderprogramms, nach welcher für alle Neubaugebiete nicht mehr 25 Prozent, sondern 30 Prozent geförderte Wohnungen vorzusehen sind, ist zudem auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten.

2.5 FÜR SPÜRBARE ERLEICHTERUNGEN BEIM ERWERB VON WOHNHEIGENTUM – UNSERE BÜRGER MÜSSEN STEUERLICH ENTLASTET WERDEN, ZUM BEISPIEL DURCH DEN ERLASS DER GRUNDSTEUER

Die AfD Hannover will den Erwerb von Wohneigentum insbesondere für Familien erleichtern. Hierfür sollen auf kommunaler zinslose Darlehen und weitere Zuschüsse bereitgestellt werden. Zudem wird sich die AfD Hannover auf Landesebene dafür stark machen, die Grunderwerbsteuer zu erlassen.

Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD zudem die herkömmliche Grundsteuer abschaffen, wobei eine Gegenfinanzierung durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer sichergestellt werden soll. Hierdurch wird sich für die Kommunen der Erhebungsaufwand verringern, und für die Bürger wird der Erwerb von Grundeigentum attraktiver. Außerdem werden auch die Mieter durch niedrigere Nebenkosten entlastet.



3. FAMILIENPOLITIK

3.1 FÜR EINE STÄRKUNG DER TRADITIONELLEN FAMILIE – ÜBERBORDENDE FÖRDERUNG DER GENDER-IDEOLOGIE BEENDEN

Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, der traditionellen Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, endlich wieder die ihr angemessene Wertschätzung zukommen zu lassen. Sie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und sichert Zusammenhalt und Lastenverteilung für die Zukunft.

Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden. Daher lehnt die AfD Hannover die ausufernde staatliche Förderung von Projekten im Rahmen der sog. Gender- und LSBT-Ideologie strikt ab. Die AfD Hannover fordert den Entzug von sämtlichen Steuer- und Fördermitteln für gender-ideologische Maßnahmen. Die freiwerdenden Gelder sind für eine echte Familienförderung zu verwenden.

3.2 STAATLICHE KINDERBETREUUNG MUSS DER INDIVIDUALITÄT DER FAMILIEN GERECHT WERDEN – FÜR DEN ERHALT DER FREIEN WAHLMÖGLICHKEIT BEI DER KINDERBETREUUNG

Die Wahl der Betreuungsform für ihre Kinder ist das elementare Recht der Eltern. Die Stadt hat die Aufgabe, den individuellen Bedürfnissen der hannoverschen Familien hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder gerecht zu werden und den Familien eine echte Wahlfreiheit zu bieten.

Auch die Kinderbetreuung zu Hause muss wieder deutlich mehr Anerkennung bekommen. Die AfD wird sich dafür einsetzen,



dass die gesellschaftliche Bewertung der Mutterrolle deutlich positiver wird. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Vor diesem Hintergrund lehnt die AfD Hannover das Modell der gebundenen Ganztagschule ab. Zudem wird sich die AfD gegen die Pläne der Stadtverwaltung stellen, zukünftig Horte zugunsten von schulischen Ganztagsangeboten zu schließen. Die Nachfrage der Eltern nach qualitativ hochwertigen Hortplätzen in Hannover ist anhaltend hoch. Diesem Elternwillen hat die Stadt mit einem ausreichenden Platzangebot Rechnung zu tragen.

3.3 FAMILIEN HABEN VORRANG – FÜR EINE STÄRKERE FINANZIELLE ENTLASTUNG DER FAMILIEN BEI DER STÄDTISCHEN KINDERBETREUUNG

Seit ihrer Gründung setzt sich die AfD vehement für eine spürbare finanzielle Entlastung von Eltern im Rahmen der städtischen Kinderbetreuung ein. Aufgrund der durch den Landesgesetzgeber beschlossenen Beitragsfreiheit für Kinder ab drei Jahren im Kindergartenjahr 2018/2019 wurde bereits eine der Kernforderungen der AfD Hannover erfüllt und ein wichtiger politischer Meilenstein für die Familienförderung errungen.

Dennoch hält es die AfD Hannover auch weiterhin für notwendig, im Sinne der Zukunftsförderung für noch tiefgreifende finanzielle Entlastungen von Familien im Rahmen der Kinderbetreuung einzutreten. Gerade Familien aus der leistungsstarken Mittelschicht werden nach der aktuellen Beitragsstaffel der Landeshauptstadt im Krippen- und Hortbereich übermäßig belastet. Die AfD Hannover wird deshalb für eine Absenkung der Beiträge eintreten, um die finanziellen Spielräume für Familien zu vergrößern.



Um berufstätigen Eltern die Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern, wird sich die AfD Hannover zudem dafür einsetzen, dass freie Plätze in öffentlich geförderten Kitas wohnortnah und prioritär an berufstätige Eltern vergeben werden. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben darf nicht monate- oder gar jahrelang behindert werden, weil keine Kitaplätze in zumutbarer Entfernung verfügbar sind oder diese an Kinder nicht berufstätiger Eltern vergeben wurden.

3.4 ÜBERNAHME DER ERZIEHUNGSAUFGABEN DURCH DEN STAAT ZURÜCKSCHRAUBEN – FAMILIEN MEHR FREIRÄUME FÜR EINE EIGENVERANTWORTLICHE ERZIEHUNG SCHAFFEN, INSBESONDERE IM FRÜHKINDBEREICH

Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch ihre eigenen Eltern betreut werden. Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkind an. Die AfD Hannover unterstützt deshalb die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder in einer Krippe bzw. in einem Kindergarten betreuen lassen. Die AfD Hannover strebt deshalb die Einführung eines kommunalen Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren an, wobei sich die Höhe des Betreuungsgelds nach dem Familienkommen richtet.



3.5 ERST SCHEIDUNG, DANN ARMUT – ALLEINERZIEHENDE MÜSSEN STÄRKER UNTERSTÜTZT WERDEN

Mehr als jeder vierte Haushalt mit minderjährigen Kindern ist in der Landeshauptstadt Hannover ein Haushalt von Alleinerziehenden. Dabei ist ganz überwiegend der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Fast die Hälfte dieser alleinerziehenden Haushalte ist akut von Armut betroffen und von staatlichen Transferleistungen abhängig (Stand 2018).

Die AfD Hannover fordert deshalb in Bezug auf Alleinerziehende besondere Anstrengungen bei der Betreuungsoptimierung, etwa im Bereich der Krippenbetreuung, und Hilfen bei der Integration in flexible Arbeitsverhältnisse. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, verstärkt auf Betroffene zuzugehen und proaktiv über die zur Verfügung stehenden Unterstützungsleistungen zu informieren.



4. VERKEHR UND MOBILITÄT

4.1 FÜR EINEN IDEOLOGIEFREIEN VERKEHRSMIX – GEGEN STAATLICHE BEVORMUNDUNG BEI DER WAHL DES VERKEHRSMITTELS

Ein noch so gut ausgebauter ÖPNV und ein noch so perfektes Radwegenetz können niemals auch nur annähernd sämtliche individuellen Transportbedürfnisse befriedigen. Die AfD Hannover strebt deshalb einen ideologiefreien Mix aller Verkehrsträger an.

Das schließt ein, dass eine einseitige Förderung der E-Mobilität zu Lasten von Autos mit Verbrennungsmotor zu unterbleiben hat. Die E-Mobilität – selbst unter ökologischen Gesichtspunkten höchst fragwürdig! – ist teuer und zurzeit überhaupt nur mit massiven staatlichen Subventionen lebensfähig. Von Massentauglichkeit ist sie weit entfernt. Nicht wenige Kritiker bezweifeln, dass die E-Mobilität jemals massentauglich werden kann.

4.2 FREIE FAHRT FÜR FREIE BÜRGER – INDIVIDUELLE MOBILITÄT HAT AUCH IN DER ZUKUNFT IHREN BERECHTIGTEN PLATZ

Der Individualverkehr per PKW – auch und gerade von PKW mit Verbrennungsmotor! – darf nicht durch ständig neue Schikanen wie eine künstliche Parkraumverknappung, behindert werden, sondern ist im Gegenteil durch die Schaltung grüner Wellen zu verflüssigen.



Fahrverbote für Dieselfahrzeuge – und damit quasi eine Enteignung ihrer Halter – sind absolut zu vermeiden. Zumal solche Fahrverbote, wie es sie in anderen Städten bereits gegeben hat, auf höchst fragwürdigen Schadstoffgrenzwerten und noch fragwürdigeren Mess-methoden beruhen.

Weder eine hysterische Umweltbürokratie noch eine ideologisch verblendete politische Elite haben einem Bürger vorzuschreiben, wie er sich in der Stadt bewegt.

4.3 INNERSTÄDTISCHEN EINZELHANDEL SCHÜTZEN – GEGEN DAS KONZEPT EINER AUTOFREIEN INNENSTADT

Die kommunale Verkehrspolitik darf nicht zur Spielwiese für ideologische Experimente verkommen. Das Konzept einer „autofreien Innenstadt“, wie es vom hannoverschen Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) propagiert wird, lehnt die AfD strikt ab. Der Einzelhandel in der Innenstadt, ohnehin schon durch den zunehmenden Online-Handel unter Druck, muss gut erreichbar bleiben, insbesondere für auswärtige Besucher. Das gilt auch für kulturelle Einrichtungen wie Theater und Museen sowie für die Premium-Hotellerie in der Innenstadt.

4.3 VORWIEGEND OBERIRDISCHE STADTBAHNEN SIND KEIN LANGFRISTIGES ZUKUNFTSMODELL – FÜR EINE ERWEITERUNG DES TUNNELNETZES, WO IMMER DIES MÖGLICH IST

Die Umsetzung des Projekts „10/17“ direkt vor der vielbesuchten Ernst-August-Galerie hat gezeigt, dass die oberirdische Streckenplanung nahezu alle Ziele der Nahverkehrsplanung eklatant verfehlt:



Vorhandene Ressourcen bleiben ungenutzt, der Verkehr sowie Fußgänger werden behindert, Fahrgäste müssen mit Verschlechterungen rechnen. Das Projekt ist damit ein mahnendes Beispiel für ideologisch bedingte Fehlplanungen, die die Errichtung einer modernen und bedarfsgerechten Stadtbahn-Infrastruktur verhindern.

Die AfD Hannover wird sich auch weiterhin für einen zukunftsgerechten Ausbau des Stadtbahn-Schienennetzes einsetzen, von dem auch die kommenden Generationen Hannovers noch profitieren werden. Auf langfristige Sicht ist daher insbesondere die Erweiterung des bestehenden Tunnel-Systems voranzutreiben, z.B. im Bereich „Am Steintor“ (Linie 10; D-Linie) zur Entlastung der Innenstadt).

4.4 EIN ATTRAKTIVER ÖPNV LEBT VON VERNETZUNG – FÜR DEN BAU NEUER S-BAHNHÖFE MIT UMSTEIGEMÖGLICHKEITEN IM STADTGEBIET

Unser Schienennetz ist ein Gemeingut. Es leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und zum Güterverkehr. Durch die fortschreitende Privatisierung der Infrastruktur wird dies zunehmend gefährdet. Die AfD Hannover fordert den zügigen Ausbau des S-Bahnnetzes in Hannover.

Der Fokus soll dabei auf dem Neubau eines S-Bahnhofs in Waldhausen über der Hildesheimer Straße liegen, der eine Umsteigemöglichkeit zur Stadtbahn bereithält. Die Stadtbahnstation Döhrener Turm wurde im Jahr 2004 bereits in Richtung geplanter S-Bahn-Station verlegt. Zudem setzt sich die AfD Hannover für den Neubau eines S-Bahnhofs am Braunschweiger Platz ein. Auch hier sollte eine neue Station mit Umsteigemöglichkeit zu Stadtbahn und Bus entstehen.



4.6 RADVERKEHR IN HANNOVER NOCH ATTRAKTIVER UND SICHERER MACHEN – FÜR EINEN FLÄCHENDECKENDEN AUSBAU DES RADWEGENETZES

Das Fahrrad ist in der Stadt für viele Menschen und für viele Zwecke ein ideales Fortbewegungsmittel. Wo nötig und möglich, sind deshalb bestehende Radwege zu optimieren und neue anzulegen. Die AfD Hannover plädiert dafür, die ideologischen Prestigeprojekte, wie Fahrradstraßen oder Velorouten, die Millionen von Euro verschlingen und den Radfahrern nur wenig tatsächlichen Mehrwert bringen, zurückzuschrauben.

Anstelle solch teurer „Werbegags“ sollte die Stadtverwaltung ihren Fokus lieber darauflegen, zunächst den Erhalt und die umfassende Sanierung des bestehenden Radwegenetzes sicherzustellen. Denn wer in Hannover regelmäßig zum Rad greift, stellt schnell fest, dass Schlaglöcher und Baumwurzelaufbrüche an vielen Ecken als ständiger Begleiter eine „erlebnisreiche“ Fahrt garantieren. Diesem Zustand ist durch eine zielgerichtete Mittelverwendung abzuhelpfen!

5. WIRTSCHAFT

5.1 KEHRAUS NACH DEN „LOCKDOWNS“ – WELCHE VERANTWORTUNG HABEN POLITIK UND VERWALTUNG FÜR DIE FOLGEN DER LOCKDOWN-MAßNAHMEN?

Die etablierte Politik hat mit ihren radikalen „Lockdown“-Maßnahmen in den Corona-Jahren 2020/2021 in Gastronomie, Handel, Kultur und bei vielen Dienstleistungsunternehmen einen erheblichen, in vielen Fällen irreparablen Schaden angerichtet. Viele liebgewonnene Restaurants und Läden werden auch in Hannover diese Krise nicht überleben, viele andere werden noch lange an den Folgen zu tragen haben. Die Politik hat Geschäfte geschlossen, ohne nachweisen zu können, dass in diesen tatsächlich besondere Infektionsrisiken bestanden haben. Da die Infektionszahlen auch Wochen nach den Schließungen im November 2020 noch weiter anstiegen, spricht vieles dafür, dass die geschlossenen Geschäfte nicht die entscheidenden Orte waren, auf die die massenhaften positiven Testergebnisse zurückgehen. Die AfD Hannover tritt daher für einen kommunalen Corona-Ausschuss ein, der den Umfang der Schäden durch die Corona-Maßnahmen ermittelt und eventuelle politische Verfehlungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen untersucht.

5.2 DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT HANNOVER STÄRKEN – FÜR DEN ERHALT UND DIE STETE FORTENTWICKLUNG EINER ZUKUNFTSSICHERNDEN INFRASTRUKTUR

Die erfolgreiche Entwicklung unserer Wirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche. Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind der Schlüssel für die Zukunft unserer Familien und Kinder.



17 der größten 50 Unternehmen Niedersachsens haben ihren Sitz in Hannover. Als Landeshauptstadt stellt Hannover damit den bedeutendsten Wirtschaftsstandort unseres Bundeslandes dar. Diese wirtschaftliche Vorreiterrolle gilt es zu bewahren und auszubauen.

Essentiell für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hannover sind der Erhalt und die stete Fortentwicklung einer zukunftssichernden Infrastruktur. Zu den Kernaufgaben kommunaler Politik gehört es nach Auffassung der AfD Hannover daher, ein umfassendes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen sowie leistungsfähige Internetzugänge bereitzustellen. Die AfD Hannover wird sich gemeinsam mit der Bundes- und Landesebene dafür einsetzen, die in diesen Feldern bestehenden Missstände schnellstmöglich abzustellen.

5.3 DER MITTELSTAND IST DAS RÜCKGRAT UNSERER KOMMUNE – FÜR EIN WIRTSCHAFTSFREUNDLICHES POLITIKKLIMA OHNE IDEOLOGISCH MOTIVIERTE AUFLAGEN UND AUSUFERENDE BÜROKRATIE

Mittelständische Unternehmen bilden das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen die nötigen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Die AfD wird sich dafür einsetzen, für den hannoverschen Mittelstand attraktive Rahmendbedingungen bereitzustellen.

Ideologisch motivierten Einschränkungen des PKW-Individualverkehrs durch die Einrichtung von Fahrverboten oder Umweltzonen, mit denen vorgeblich ein Beitrag zur Rettung des Weltklimas geleistet werden soll, erteilt die AfD Hannover eine klare Absage – wie sie generell jede Art von ideologisch motivierten Zwängen ablehnt, wie zum Beispiel und



insbesondere verpflichtende Quoten mit ideologischem Hintergrund.

Schon jetzt leiden nahezu alle Unternehmen unter einer Vielzahl nationaler und zunehmend europäischer Vorschriften und Gesetze, die ihre Tätigkeiten in jedem noch so kleinen Bereich regulieren. Auch die Landeshauptstadt Hannover trägt mit einer Vielzahl überflüssiger kommunaler Regelungen zur Gängelung der Unternehmen bei. Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, die ausufernde kommunale Bürokratie zu verschlanken und abzubauen, wo immer dies möglich ist. In diesem Sinne wird zum Beispiel eine grundlegende Überarbeitung der Markt- und Marktgebührensatzung angestrebt, um Marktbesucher zu entlasten und zum Erhalt dieses wichtigen Kulturguts beizutragen.

5.4 STÄDTISCHE MONOPOLE VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN – DURCH EFFIZIENTES WIRTSCHAFTEN DEM BÜRGER PREISGÜNSTIGE LEISTUNGEN ANBIETEN

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune hat stets das Ziel zu verfolgen, die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. Sinn und Zweck kommunaler Unternehmen ist es nicht, in einen unlauteren Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Angeboten einzutreten. Die öffentliche Vorsorge, wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommunen sichergestellt, jedoch nicht zwangsläufig durch sie selbst erbracht werden.

Dort, wo städtische Monopole zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge unerlässlich sind, sind diese verantwortungsvoll zu gestalten, um Hannovers Bürgern durch effizientes Wirtschaften preisgünstige Leistungen anbieten zu



können. In diesem Sinne sind zum einen die Gehälter auf der Management-Ebene der kommunalen Unternehmen auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Zum anderen haben die kommunalen Unternehmen bei ihren Entscheidungen generell den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

So liegt es zum Beispiel nicht im Interesse der Bürger, wenn die ÜSTRA bei kontinuierlich steigenden Ticketpreisen plant, innerhalb von fünf Jahren 66,5 Millionen Euro auszugeben, um 133 funktionsfähige Busse zu ersetzen, nur weil diese nicht elektrisch betrieben werden. Die AfD wird sich dafür einsetzen, derartiges Missmanagement unverzüglich abzustellen und die Entscheidungsträger in die Verantwortung zu nehmen.

5.5 DEN HEIMISCHEN MITTELSTAND STÄRKER IN DEN FOKUS NEHMEN – FÜR EINE BEVORZUGTE AUFTRAGSVERGABE AN LOKALE UNTERNEHMEN IM RAHMEN GESETZLICHER MÖGLICHKEITEN

Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, dass die Stärkung des heimischen Mittelstandes bei der Auftragsvergabe durch die Landeshauptstadt wieder stärker in den Fokus rückt. Die Stadtverwaltung ist leider oftmals nach der EU-Gesetzgebung gezwungen, vor einer Auftragsvergabe kosten- und zeitintensive europaweite Ausschreibungen vorzunehmen, ohne dass dies einen erkennbaren Mehrwert für die Landeshauptstadt zur Folge hat.

Die AfD Hannover wird sich daher auf allen Ebenen für einen Bürokratieabbau bei der kommunalen Auftragsvergabe einsetzen. Aufträge sollen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bevorzugt an regionale mittelständische Betriebe vergeben werden, solange der Stadt hierdurch kein erheblicher finanzieller Nachteil entsteht.

5.6 HALAL-MESSE STATT CEBIT? – HANNOVERS INTERNATIONALES ANSEHEN ALS MESSESTANDORT WIEDERHERSTELLEN

Die Deutsche Messe AG teilte Ende des Jahres 2018 mit, dass die traditionell in Hannover stattfindende CeBIT, eine der weltweit größten Messen für Informationstechnik, eingestellt werde. Stattdessen solle zum traditionellen CeBIT-Termin im März künftig die „Halal Hannover“ stattfinden. Im Rahmen dieser Messe sollten nationale und internationale Aussteller ihre neuesten Produkte - Lebensmittel, Getränke, Kosmetika und Dienstleistungen - vorstellen.

Dabei steht das arabische Wort „halal“ für das, was nach islamischen Regeln erlaubt ist und hat große Bedeutung bei Lebensmitteln und Ernährungsvorschriften, insbesondere ist das betäubungslose Schlachten (Schächten) Gebot. Zum ersten geplanten Termin im März 2020 konnte die „Halal Hannover“ letztlich jedoch Corona-bedingt nicht stattfinden.

Dennoch hat die Deutsche Messe AG mit ihrer medienwirksamen Entscheidung für die „Halal Hannover“ dem Ansehen des Messestandorts Hannover schweren Schaden zugefügt. Es ist schon peinlich und schmerzhaft genug für Hannover, eine zukunftsorientierte IT-Messe zu verlieren, die der Stadt internationalen Glanz in der Fachwelt verlieh.



Die „Halal Hannover“ ist ein Symbol für die zunehmende Islamisierung und ein verheerendes Signal in einem Land, das im IT- und KI-Bereich immer weiter abgehängt wird.

Die AfD Hannover fordert die Landeshauptstadt als Gesellschafterin der Deutschen Messe AG daher auf, aktiv zu werden und die Ausrichtung einer „Halal“-Messe in Hannover in Zukunft zu unterbinden. Der Fokus der Deutschen Messe AG sollte stattdessen daraufgelegt werden, tragfähige, innovative und zukunftsorientierte Marketing- und Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, um das Ansehen des Messestandorts Hannover nach dem Ende der Corona-Pandemie wiederherzustellen und das hannoversche Messewesen langfristig überlebensfähig zu machen.



6. FINANZEN UND VERWALTUNG

6.1 HAUSHALTSPOLITIK MUSS AUF DIE NACHFOLGENDEN GENERATIONEN RÜCKSICHT NEHMEN – FÜR EINEN SOFORTIGEN STOPP DER ROT-GRÜNEN SCHULDENPOLITIK

Der aufgehäufte Schuldenberg allein im Kernhaushalt der Landeshauptstadt Hannover belief sich bereits zu Beginn des Jahres 2021 auf 2,1 Mrd. Euro, wobei zusätzlich auch eine Vielzahl kommunaler Unternehmen erhebliche Schuldenstände aufweist. Das Haushaltsvolumen der Stadt Hannover für die Jahre 2021/2022 beläuft sich jeweils auf 2,65 Mrd. bzw. 2,78 Mrd. Euro. Das im Haushaltsplan ausgewiesene Defizit für diese beiden Jahre beträgt 200 Mio. Euro.

Die Pro-Kopf-Verschuldung wird somit allein nach diesen beiden Jahren um weitere 386 Euro gestiegen sein. Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger rot-grüner Misswirtschaft, die es gänzlich versäumt hat, in wirtschaftlich guten Zeiten für Krisen wie die Corona-Pandemie vorzusorgen. Die Stadt Hannover befindet sich im Würgegriff einer verfilzten Parteienbürokratie, die auf Kosten nachfolgender Generationen wirtschaftet.

Die AfD Hannover wird sich vehement dafür einsetzen, die rot-grüne Schuldenpolitik in Hannover endlich zu beenden. Die Finanzierung von Aufgaben durch die Aufnahme immer weiterer Schulden an den Kapitalmärkten lehnt die AfD ab. Wie in jedem gesunden Haushalt muss der Grundsatz gelten, dass nur das ausgegeben werden kann, was vorher eingenommen wurde.



6.2 KONZENTRATION AUF DAS WESENTLICHE – GENERELLE ÜBERPRÜFUNG DER STÄDTISCHEN AUSGABEPOSTEN AUF SINNHAFTHITIGKEIT UND WIRKSAMKEIT

Um die Tragfähigkeit des städtischen Haushalts zu gewährleisten, dürfen die Mittel nur für Projekte verwendet werden, die einen messbaren Nutzen für das Gemeinwohl erzielen. Zur Kostensenkung will die AfD Hannover den Eigenbedarf der Stadt für die Verwaltung und die kommunalen Parlamente auf das kleinstmögliche Maß reduzieren.

Die AfD Hannover wird die städtischen Finanzen von Fehlinvestitionen und Fehlsubventionen befreien, damit Kernaufgaben wie Schulen, Straßen und ÖPNV finanziert werden können. Das Ziel der AfD Hannover ist, die Landeshauptstadt schuldenfrei an zukünftige Generationen zu übergeben.

6.3 EFFIZIENTE STELLENPLANUNG – WEITERE AUFBLÄHUNG DES VERWALTUNGSAPPARATS STOPPEN

Die Landeshauptstadt leistet sich einen üppigen Verwaltungsapparat, der von Rot-Grün immer weiter aufgebläht wird. So wurden alleine in den letzten 10 Jahren über 1.700 neue Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen. Mit ca. 650 Mio. Euro – Tendenz steigend – stellen die Personalkosten mit einem Anteil von ca. 25% den größten Block der städtischen Gesamtausgaben dar.

Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, im Rahmen einer externen Personal- und Organisationsbegutachtung klären zu lassen, an welchen Stellen im Verwaltungsapparat Abläufe effizienter gestaltet und damit einhergehende Einsparpotenziale gehoben werden können.



In Anbetracht der schweren Verwerfungen für den städtischen Haushalt infolge der Lockdown-Krise wird sich die AfD mittelfristig für eine substantielle Verschlinkung der Personalstruktur ohne weiteren Stellenaufbau einsetzen. Insbesondere soll hierzu umfassend geprüft werden, ob Stellen, die bereits länger nicht besetzt werden konnten oder die aufgrund altersbedingten Ausscheidens frei werden, gestrichen werden können.

Auch sollen Mitarbeiter aus unproduktiven Verwaltungsbereichen, wie zum Beispiel dem Gleichstellungsbüro, einer anderweitigen Verwendung im öffentlichen Interesse zugeführt werden. Alle bestehenden Beschäftigungsverhältnisse sollen selbstverständlich fortgeführt werden.

6.4 DIE LANDESHAUPTSTADT IST POLITISCH NEUTRAL – GENERELLE ÜBERPRÜFUNG DER STÄDTISCHEN ZUWENDUNGSEMPFÄNGER AUF FÖRDERUNGSWÜRDIGKEIT IM ÖFFENTLICHEN INTERESSE

Jedes Jahr gibt die Landeshauptstadt Hannover hunderttausende Euro für Zuschüsse an politische und parteinahe Organisationen wie die „Falken“ (SPD-nah) oder auch die DGB-Jugend aus. Damit fördert die Stadt mittelbar politische Indoktrination, wobei die Grenzen zum Linksextremismus fließend sind. So taten sich die „Falken“ in den vergangenen Jahren beispielsweise mit der Aktion „Wir sagen Nein zu Deutschland“ hervor. Darüber hinaus erhält auch das UJZ Kornstraße mit seinen notorischen Verstrickungen in den Linksextremismus weiterhin jährliche Zuwendungen von der Landeshauptstadt.



Die Bereitstellung solcher Zuschüsse ist jedoch nicht Aufgabe einer Stadtverwaltung, die politische Neutralität zu wahren hat, und liegt nicht im öffentlichen Interesse. Die AfD Hannover fordert daher eine generelle Überprüfung der Zuwendungsempfänger auf ihre Förderungswürdigkeit im öffentlichen Interesse. Förderungen von parteinahen und politischen Organisationen sind umgehend einzustellen.

6.5 GIEßKANNENPRINZIP BEI DER ZUWENDUNGSVERGABE BEENDEN – FÜR EINE WIRKSAME ERFOLGS- UND ZWECKMÄßIGKEITSKONTROLLE DER VON DER STADT GEFÖRDERTEN ORGANISATIONEN, PROJEKTE UND INITIATIVEN

Derzeit wird in der Landeshauptstadt Hannover nach dem Gießkannenprinzip alles gefördert, von dem man sich potenzielle Wählerstimmen erhofft. So werden beispielsweise Zuwendungen an alle möglichen Formen von „Sozialarbeit“, die Sonderinteressen bedienen, wie die von Migranten, etwa „migrantischen Seniorinnen und Senioren“, „Lesben und Schwulen“ und weiteren zig Geschlechtern, vergeben. Auch zahlreiche, teils fragwürdige Vereine wie ein „Institut für transkulturelle Betreuung“, „Arkadas“, „Kargah e. V.“ und etliche andere profitieren von dieser ausufernden Zuwendungspolitik.

Letzterer etwa ist einer der größten Profiteure der „Flüchtlingskrise“, er bezieht hunderttausende Euro parallel aus diversen öffentlichen Haushalten, auch in der Region und im Land Niedersachsen.



Er unterstützt unter anderem Asylbewerber dabei, sich trotz abgelehnten Asylantrags einer gesetzesmäßigen Rückführung in ihre Heimat zu widersetzen oder diese gänzlich zu verhindern.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich in Hannover in bedenklicher Weise Anspruchsdenken und Subventionsmentalität breitgemacht haben - und eine blühende Sozialindustrie mit vielen Stellen und Posten. Das ist aus Sicht des Steuerzahlers, der all dies bezahlen muss, nicht hinnehmbar. Die AfD Hannover fordert deshalb, dass bei der Zuwendungsvergabe eine wirksame Erfolgs- und Zweckmäßigkeitskontrollen durch die Stadtverwaltung vorgenommen wird.

6.6 REFORM STÄDTISCHER GREMIEN – FÜR EINE REDUZIERUNG DER AUSSCHÜSSE, BEIRÄTE UND KOMMISSIONEN AUF RATS- UND BEZIRKSRATSEBENE

Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die politischen Gremien der Landeshauptstadt Hannover sind deutlich zu aufgebläht. So existieren derzeit 13 Ausschüsse des Rates sowie ebenfalls 13 Stadtbezirksräte mit jeweils zahlreichen Unterkommissionen und Arbeitsgruppen. Auf diesem Wege kosten die Angelegenheiten des Rates den hannoverschen Steuerzahler jährlich über 3,8 Mio. Euro, während die Angelegenheiten der Stadtbezirksräte zusätzlich über 4,5 Mio. Euro jährlich verschlingen.

Die AfD Hannover wird sich in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation und der kritischen Wirtschaftslage noch vehementer dafür einsetzen, dass auch in Hinblick auf die



politischen Gremien der Landeshauptstadt eine substantielle Effizienzsteigerung und Verschlanung in Angriff genommen wird.

Als Beispiel kann hier der künstlich aufgeblähte Gleichstellungsausschuss genannt werden, der weder für den Bürger noch für die Beschäftigten der Landeshauptstadt einen nennenswerten Mehrwert schafft, wenn überhaupt einen. Die Position der AfD ist hier eindeutig: Es herrscht bereits Gleichberechtigung der Geschlechter in diesem Land, und das seit Jahrzehnten.

Eine zwanghaft forcierte „Gleichstellung“ und Quoten jeder Art lehnen wir entschieden ab, also auch einen Zwang, Stellen in der Stadtverwaltung „paritätisch“ mit Frauen und Männern zu besetzen (von weiteren Geschlechtern ganz zu schweigen). Die Besetzung von Stellen ist nach Maßgabe von Qualifikation und Leistungsfähigkeit vorzunehmen, unabhängig vom Geschlecht oder sonstiger Gruppenzugehörigkeit, zum Beispiel einem Migrations-hintergrund.

Auch die an die Stadtbezirksräte angeschlossenen Integrationsbeiräte erhalten immerhin jährliche Zuwendungen in Höhe von 150.000 Euro. Dabei sollen die Aktivitäten dieser Integrationsbeiräte darauf ausgerichtet sein, „das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtbezirk zu fördern.“ An Veranstaltungen der Integrationsbeiräte nehmen in aller Regel aber nur Menschen mit Migrationshintergrund teil. Ein wirkliches Miteinander der gesamten Gesellschaft wird damit nicht erreicht. Auch die Integrationsbeiräte gehören daher abgeschafft.



6.6 BUND DER STEUERZAHLER: „FÖRDERMITTEL AUF EIN VERNÜNFTIGES MAß BEGRENZEN“ – FÜR EINE KÜRZUNG DER ÜPPIGEN ZUWENDUNGEN AN DIE RATSFRAKTIONEN

Die ohnehin angespannte Haushaltslage der Landeshauptstadt Hannover hat sich durch die erheblichen Mehrkosten und Steuerausfälle im Zuge der Lockdown-Krise weiter verschärft. Die Politik sollte deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und die Stadtverwaltung bei einer angestrebten Haushaltskonsolidierung unterstützen. Die AfD Hannover strebt an, die recht großzügig ausgelegten Personalzuwendungen für die Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen der im hannoverschen Rat vertretenen Parteien zu kürzen. Allein die zwei im Zuge der Kommunalwahl im Jahr 2016 zusätzlich entstandenen Geschäftsstellen verursachen in der fünfjährigen Ratsperiode Mehrkosten in Höhe von ca. 1,3 Millionen Euro.

Bereits im Jahr 2016 wies der Bund der Steuerzahler auf die unverhältnismäßige Belastung der Steuerzahler aufgrund der steigenden Personalkosten für die Fraktionsgeschäftsstellen hin. Er appellierte an die Ratspolitik, die Fördermittel für die eigenen Geschäftsstellen auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen. Leider wurden alle dahingehenden Einsparungsanträge der AfD-Ratsfraktion in der vergangenen Ratsperiode durch alle anderen Parteien abgelehnt. Die AfD Hannover wird sich jedoch auch weiterhin vehement dafür einsetzen, dass die Ratspolitik für die hannoverschen Steuerzahler insgesamt kostengünstiger ausgestaltet wird.



6.7 DER KUNDE IST KÖNIG – AUFHEBUNG DER VERPFLICHTENDEN TERMINVERGABE IN DEN BÜRGERÄMTERN

Essentieller Bestandteil einer bürgerfreundlichen Stadtverwaltung ist, dass die Verwaltung für ihre Bürger erreichbar ist und ihre Anliegen in angemessener Zeit bearbeitet. Diesem Prinzip widerspricht die Einführung der verpflichtenden Vorab-Terminvereinbarung in Hannovers Bürgerämtern eklatant. Diese hat dazu geführt, dass Hannovers Bürger auch bei wichtigen Anliegen teilweise Wochen oder Monate auf einen freien Termin warten müssen oder gezwungen sind, ein Bürgeramt in weit entfernten Stadtteilen aufzusuchen.

Die AfD Hannover setzt sich daher für ein Hybrid-Modell ein, welches den Bürgern Hannovers auch wieder die Möglichkeit verschafft, ohne Voranmeldung ihre Bürgerämter aufsuchen und mit einer zeitnahen Bearbeitung ihres Anliegens rechnen zu können. Nach dem Grundsatz, sich auf die wesentlichen Aufgaben der Verwaltung zu konzentrieren, sind den Bürgerämtern ausreichende Personalressourcen bereitzustellen und die Öffnungszeiten freundlicher für Arbeitnehmer zu gestalten.

6.8 KEIN IDEOLOGIEZWANG IN DER SPRACHE – AUFHEBUNG DER GENDER-SPRACHVORSCHRIFTEN DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Die Landeshauptstadt Hannover hat sich bundesweit zum Gespött gemacht, als sie im Januar 2019 unter dem SPD-Oberbürgermeister Schostok als erste Stadt Deutschlands die „geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ eingeführt hat. Seit diesem Zeitpunkt wird in offiziellen Dokumenten der Stadt von „Wählenden“ statt „Wählern“ oder von „Redepult“ statt „Rednerpult“ gesprochen, um eine vermeintliche sprachliche Diskriminierung zu verhindern. Ebenso wird zu diesem Zwecke in Verwaltungsveröffentlichungen der sogenannte „Gender Star“ verwendet. So heißt es in städtischen Stellenausschreibungen beispielsweise „der*die Ingenieur*in“.

Diese „geschlechtergerechten Sprache“ widerspricht nicht nur den allgemein anerkannten deutschen Sprachregeln. Sie befördert darüber hinaus auch eine Entfremdung der Politik vom „normalen“ Bürger, indem sie Verwaltungstexte komplizierter und schwerer verständlich macht. Zudem verursacht sie unnötigen Bürokratieaufwand. Die AfD Hannover wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die „geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ wieder abgeschafft wird und die hannoverschen Behörden zu einem verständlichen Sprachgebrauch nach allgemein anerkannten Regeln zurückkehren.

7. ÖFFENTLICHE ORDNUNG

7.1 SAUBERKEIT IST DIE KLEINE SCHWESTER DER SICHERHEIT – ENTSCHLOSSEN GEGEN DIE VERMÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS VORGEHEN

Hannover ist eine schöne Stadt, in der man gut leben kann. Leider hat es in den letzten Jahren einige Fehlentwicklungen gegeben, die die Gültigkeit dieser Aussage teilweise in Frage stellen. Im öffentlichen Raum sind zunehmend Vermüllungs- und Vandalismustendenzen zu erkennen, gegen die seitens der Stadt- und Regionsverwaltung bislang kein effektives Vorgehen erkennbar ist. Aus Sicht der AfD Hannover ergeben sich im Stadtgebiet insbesondere die folgenden vier zukünftigen Handlungsschwerpunkte:

- zunehmender Missbrauch des öffentlichen Raums für systematische illegale Aufkleber- und Plakatkampagnen,
- zunehmende Anzahl an illegalen Graffitis, teilweise mit extremistischen Inhalten, die oft sehr lange im öffentlichen Raum verbleiben,
- „wilde“ Sperrmüllablage, vor allem im Bereich großer Wohnanlagen,
- gestohlene und im öffentlichen Raum abgestellte Einkaufswagen.

Die AfD Hannover wird diese mutwillige Vermüllung des öffentlichen Raumes wirksam bekämpfen. Hierzu sollen in besonders betroffenen Bereichen gemeinsame Bestreifungen der Landespolizei mit dem städtischen Ordnungsdienst durchgeführt werden.



Für die Verursacherermittlung sowie die schnelle Entfernung von Graffiti und Müll im öffentlichen Raum sollen zusätzliche Personalressourcen (auch in den stadt- und regionseigenen Betrieben) bereitgestellt werden. In Schwerpunktbereichen ist zudem vermehrt auf Videoüberwachung zurückzugreifen, um die Verursacher zu ermitteln und diesen die Kosten für Reinigungsmaßnahmen sowie ein entsprechendes Bußgeld auferlegen zu können. Darüber hinaus sollen Haus- und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung von Beschädigungen an ihrem Eigentum in Härtefällen durch die öffentliche Hand unterstützt werden.

Gleichzeitig wird sich die AfD Hannover dafür einsetzen, dass Künstler vermehrt legale Gelegenheiten erhalten, öffentliche Räume ansprechend zu gestalten.

7.2 DER HAUPTBAHNHOF IST EIN AUSHÄNGESCHILD UNSERER STADT – AUSUFERNDER DROGENSZENE UND VERMÜLLUNG WIRKSAM ENTGEGENTRETEN

Für viele Menschen, die mit der Bahn nach Hannover reisen oder in Hannover umsteigen, vermittelt der Hauptbahnhof den ersten Eindruck von unserer Stadt. Aber auch viele Bürger unserer Stadt passieren den Hauptbahnhof täglich auf dem Weg zu Freunden, zu ihrer Arbeitsstätte oder zum Einkaufen. Für das Image unserer Stadt ist es daher essentiell, den Hauptbahnhof und sein Umfeld in einem sicheren, sauberen und gepflegten Zustand zu halten.



Leider ist trotz einiger bereits erfolgter Maßnahmen der Landeshauptstadt gegen die immer größer werdende Trinkerszene sowie einer Kooperation mit der Bundes- und Landespolizei sowie verschiedener anderer Sicherheitspartner festzustellen, dass sich an der prekären Situation im und um den Hauptbahnhof in den vergangenen Jahren nichts geändert hat. Vor allem die osteuropäische Trinkerszene ist am Ausgang Nordost, am Ausgang Nordwest und am Ausgang Raschplatz weiterhin stark vertreten. Immer wieder kommt es zu handfesten Auseinandersetzungen, teilweise sogar zu Messerangriffen.

Gegen diese Zustände im und um den Hauptbahnhof wird die AfD Hannover entschlossen vorgehen. Im Rahmen des Sicherheitskonzeptes „Bahnhof sicher“ sollen regelmäßige Schwerpunkteinsätze mit allen beteiligten Sicherheitspartnern, wie der Bundespolizei und der Deutschen Bahn, zur Disziplinierung der Trinkerszene durchgeführt werden. Gegen stark betrunkene (oder unter dem Einfluss anderer Drogen stehende), auf dem Boden schlafende oder aggressive Personen sind entsprechende Platzverweise auszusprechen. Diese sind durch in ausreichendem Maße präsente Sicherheitskräfte auch durchzusetzen. Personen, die einem Platzverweis nicht nachkommen, sind notfalls in Gewahrsam zu nehmen.

Bei auffälligen Personen, die über keine gültige Aufenthaltsgenehmigung verfügen oder die als EU-Ausländer die Arbeitnehmerfreizügigkeit offensichtlich missbrauchen, sind aufenthaltsrechtliche Maßnahmen zu überprüfen. Wenn möglich, ist eine Rückführung in ihre Heimat einzuleiten.



7.3 OHNE SICHERHEIT KEINE FREIHEIT – HANNOVERS BÜRGER SOLLEN SICH ZU JEDER TAGES- UND NACHTZEIT ÜBERALL WOHL UND SICHER FÜHLEN KÖNNEN

Regelmäßig belegt Hannover in der Kriminalstatistik vorderste Plätze. Im Jahr 2019 war es hinter Frankfurt und Berlin die drittgefährlichste Großstadt Deutschlands, gemessen an der Zahl der polizeilich erfassten Straftaten je 100 000 Einwohner. 2017 hatte Hannover hier sogar Rang 2 belegt. Besonders negativ sticht unsere Stadt bei der Gewalkriminalität hervor. Schon 2017 hatte Hannover bei Raub- und Körperverletzungen an der Spitze aller deutschen Großstädte gestanden. 2018 fiel es hier zwar auf Rang 3 zurück, 2019 wurden jedoch wieder 724 mehr Fälle von Raub- und Körperverletzungen registriert als im Vorjahr, Hannover belegte damit erneut Platz 1!

Insbesondere abends und nachts sind Teile der hannoverschen Innenstadt zu unsicheren Zonen geworden. Die Inbesitznahme des öffentlichen Raumes durch Gruppen unbekannter Zuordnung hat zu einem Rückzug vieler Bürger von dort geführt. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller und Frauenschutzzonen sind heute selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen.

Diese Zustände müssen beendet werden! Sicherheit ist die Grundlage der individuellen Freiheit. Es ist daher eine Grundpflicht des Staates, die Sicherheit für seine Bürger in ausreichendem Maße zu gewährleisten. Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Gemeinwesen auf allen Ebenen der Legislative und Exekutive. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung zu jeder Tages- und Nachtzeit muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen!



7.4 RECHTSFREIE RÄUME DÜRFEN NICHT TOLERIERT WERDEN – RECHT UND GESETZ KONSEQUENT DURCHSETZEN

Die AfD Hannover tritt der zunehmenden Entstehung von rechtsfreien Räumen, insbesondere im Innenstadtbereich, entschieden entgegen. Die zahlreichen Drogenhotspots, die sich über die Jahre entwickelt haben, sind nicht hinnehmbar. Leider ist in der Vergangenheit ein effektives Einschreiten der Ordnungsbehörden (wie zum Beispiel auf dem Weißekreuzplatz) jahrelang unterblieben, wobei die Bürger und Anwohner zwischenzeitlich mit den daraus resultierenden Problemen alleine gelassen wurden.

Die AfD Hannover wird deshalb auf Stadtverwaltung und Polizei einwirken, entstehende rechtsfreie Räume unverzüglich unter Einsatz eines ausreichenden Aufgebots an Ordnungskräften aufzulösen. An Kriminalitätsschwerpunkten ist zudem konsequent auf das Instrument der Videoüberwachung zurückzugreifen.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass eine wesentliche Ursache für die Bildung rechtsfreier Räume der schwindende Respekt gegenüber Staatsdienern und die zunehmend niedrigere Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis ist. Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen daher vor Angriffen besser geschützt werden. Die AfD Hannover fordert eine Null-Toleranz-Politik für Angriffe auf städtische Bedienstete und setzt sich für eine strenge Bestrafung der Täter ein.



7.5 DER STÄDTISCHE ORDNUNGSDIENST HAT SICH BEWÄHRT – SEINE PRÄSENZ IN DEN STADTTTEILEN SOLLTE VERSTÄRKT WERDEN

Insbesondere der neu etablierte städtische Ordnungsdienst hat sich als wirksames Instrument zur Stärkung der Sicherheit in Hannover bewährt. Die AfD Hannover wird sich deshalb dafür einsetzen, die Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei zu erweitern und zu stärken. Die gemeinsame Bestreifung von Kriminalitäts- und Verwahrlosungsschwerpunkten im Stadtgebiet soll ausgebaut werden. Es sind insbesondere die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die Präsenz des städtischen Ordnungsdienstes in den Stadtteilen, auch zur Nachtzeit, zu intensivieren.



8. BILDUNG

8.1 EIN GEMEINWESEN BENÖTIGT IDENTIFIKATION – FÜR DIE VERMITTLUNG EINES POSITIVEN WERTE- UND GESELLSCHAFTSBILDES IN DEN STÄDTISCHEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Die AfD Hannover bekennt sich zum Humboldt'schen Bildungsideal. Unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen muss als wichtigstes Gut für die Zukunft verstanden und kommenden Generationen im Rahmen eines ganzheitlichen Bildungsansatzes verfügbar gemacht werden.

Insbesondere sollte in den städtischen Bildungseinrichtungen ein stärkerer Fokus auf die Vermittlung eines positiven Werte- und Gesellschaftsbildes gelegt werden. Das Gemeinwesen der Landeshauptstadt wird langfristig nur erfolgreich sein, wenn sich auch die nachfolgenden Generationen mit diesem identifizieren.

Die AfD Hannover fordert deshalb, dass in den städtischen Bildungseinrichtungen ein klares Bekenntnis zur deutschen Kultur und Lebensweise vermittelt wird, bei welchem – unabhängig von Herkunft, Religion, Neigung und Aussehen – Werte wie Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Leistungsbereitschaft im Vordergrund stehen.



8.2 KINDER VOR IDEOLOGIE SCHÜTZEN – GENDERWAHN IST NICHT JUGENDFREI

Die AfD Hannover spricht sich klar gegen die derzeitige Tendenz einer Früh- und Hypersexualisierung aus, die nach führenden „Gender-Experten“ teilweise schon im Kindergartenbereich ansetzen soll. Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklungen von Kindern Schritt halten. Sie darf nicht zu früh ansetzen, sondern gehört in die Zeit der Pubertät.

Dem gesellschaftspolitischen Experiment der Gender-Ideologie erteilt die AfD Hannover deshalb eine klare Absage. Sie wird sich dafür einsetzen, dass Organisationen, die sich dieser Ideologie verschrieben haben, keinerlei städtischen Zuwendungen mehr erhalten.

8.3 ZURÜCK ZUM DREIGLIEDRIGEN SCHULSYSTEM – GESAMTSCHULAUSSBAU IN HANNOVER STOPPEN

Grundlegende Veränderungen in der Schullandschaft bringen erfahrungsgemäß erhebliche Nachteile mit sich: Erstens erzeugen Sie eine erhebliche Verunsicherung in Eltern- und Lehrerschaft, und zweitens ziehen sie oft hohe bauliche Folgekosten für die Kommunen nach sich, da die Schülerströme an andere Standorte umgelenkt werden. Deshalb muss sich eine Veränderung durch eine deutliche Leistungssteigerung rechtfertigen lassen. Dieser Nachweis ist den Gesamtschulen bislang nicht ansatzweise gelungen. Das Lernen in verschiedenen Lernniveaus hat sich in der Praxis nicht bewährt. Die Realität ist vielmehr, dass sich letztlich oftmals alle Schüler auf einem niedrigen Lernniveau wiederfinden.



Die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen lehnt die AfD Hannover deshalb ab. Dies gilt auch für die Einrichtung von IGS-Oberstufen. Zudem wird sich die AfD Hannover dafür stark machen, dass die Leistungs- und Bewertungskriterien an Gesamtschulen kurzfristig denen des gegliederten Schulsystems angepasst werden. Mittelfristig spricht sich die AfD Hannover für die Wiederherstellung des bewährten dreigliedrigen Schulsystems aus.

8.4 FÖRDERSCHULEN IM STADTGEBIET WIEDER REAKTIVIEREN – GEGEN EINE FALSCH VERSTANDENE RADIKALINKLUSION

Die AfD Hannover wird sich für eine Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012 einsetzen. Dies beinhaltet die sofortige Wiedereröffnung der bereits geschlossenen Förderschulen des Bereichs Lernen sowie die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen.

Die AfD Hannover unterstützt die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten.



8.5 NACHFOLGENDE GENERATIONEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN – FÜR LEHRMITTELFREIHEIT UND FREIES SCHULESSEN

Viele Kinder in Hannover leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Hier sind die Kosten für Lehrmittel und ein Essen in der Schule für die Familien oft nicht aufzubringen. Beide Punkte sind aber wichtige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch und sorgen für eine direkte finanzielle Entlastung von Familien.

Die AfD Hannover wird sich daher langfristig, nach einer erfolgten Haushaltskonsolidierung, für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit und für freies Schulessen für alle hannoverschen Kinder einsetzen. Dies soll auch für Kinder gelten, die nicht für Ganztagsangebote angemeldet sind.

Zu diesem Zwecke wird die AfD Hannover auch Druck auf die Landesebene ausüben, um eine Unterstützung mit entsprechenden Mitteln zu erreichen.

8.6 AN SCHULEN, IN DENEN ES VON DER DECKE TROPFT, LERNT ES SICH SCHLECHT – SCHULSANIERUNG NOCH ENTSCHEIDENER IN ANGRIFF NEHMEN

Die öffentliche Infrastruktur Hannovers wurde in den letzten Jahrzehnten von Rot-Grün sträflich vernachlässigt. Auch die städtischen Schulgebäude befinden sich teilweise in desolatem Zustand. Viele Schulen Hannovers weisen in einzelnen Räumen derartige bauliche Mängel auf, dass Räume teilweise nicht mehr für den Unterricht nutzbar sind.



Auch die Schultoiletten befinden sich in Teilen in einem unzumutbaren Zustand, wobei die Verwaltung aus nicht nachvollziehbaren Gründen Jahre benötigt, um ein entsprechendes Toilettensanierungsprogramm umzusetzen. Aufgrund nicht zur Verfügung stehender Ausweichkapazitäten müssen viele Schüler während der Sanierung ihrer Schule zudem viele Jahre einen Unterricht in Containern erdulden.

Für die AfD Hannover ist der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur eine der wesentlichsten kommunalen Aufgaben. Insbesondere die Sanierung der hannoverschen Schulen wird die AfD Hannover als Verwaltungsaufgabe von höchster Priorität definieren und bestehende Verwaltungsressourcen so umlenken, dass diese noch entschiedener in Angriff genommen werden kann.

8.7 FÜR EINE AUSGEWOGENE MISCHKOST AN UNSEREN SCHULEN UND KITAS – GEGEN RELIGIÖSE UND GRÜN-IDEOLOGISCHE SPEISEVERBOTE

Auch an Schulen und Kitas in Hannover wird das Schulessen mittlerweile durch religiöse und grün-ideologisch begründete Verbote allgemein eingeschränkt, zum Beispiel durch den Ausschluss von (Schweine-)Fleisch. Die AfD Hannover betrachtet dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich die städtischen Bildungseinrichtungen in keiner Weise religiösen oder ideologischen Speisegesetzen unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss für Eltern und Kinder uneingeschränkt erhalten bleiben.



8.8 HANNOVERS SCHULEN MÜSSEN ZUKUNFTSFÄHIG WERDEN – FÜR DIE UNVERZÜGLICHE UMSETZUNG EINES TRAGFÄHIGEN MEDIEN- UND DIGITALISIERUNGSKONZEPTE

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Zudem muss die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur durch die Landeshauptstadt als Schulträger gewährleistet werden.

Die Stadtverwaltung arbeitet seit dem Jahr 2016 an ihrer Medienentwicklungsplanung für die Schulen. Abgesehen davon, dass die Planungen viel zu spät aufgenommen wurden, sind viele Schulen derzeit immer noch weit davon entfernt, über die notwendigen Voraussetzungen für eine digitale Unterrichtsunterstützung zu verfügen. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf in der Verwaltung.

Die AfD Hannover wird daher auch der unverzüglichen Umsetzung eines tragfähigen Medien- und Digitalisierungskonzeptes an Schulen oberste Priorität im Verwaltungsapparat einräumen, um Hannovers Kindern und Jugendlichen eine zukunftsfähige Infrastruktur bereitzustellen.

9. KULTUR UND SPORT

9.1 KULTURELLE ÜBERLIEFERUNG LEBENDIG HALTEN – FÜR EINE FÖRDERUNG VON IDENTITÄTSSTIFTENDER BRAUCHTUMSPFLEGE

Die reiche kulturelle Überlieferung unserer Stadt mit Leben zu füllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach Überzeugung der AfD Hannover eine zentrale staatliche Aufgabe. Die Finanzierung der bedeutenden hannoverschen Theater, Orchester und Museen sowie die Pflege der Kulturdenkmäler muss daher auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen bestmöglich sichergestellt werden.

In diesem Sinne wird sich die AfD dafür einsetzen, die knappen Mittel der Kulturförderung vornehmlich für identitätsstiftende Brauchtumpflege zu verwenden. Die ausufernde Förderung von soziokulturellen Zentren, Projekten und Initiativen, insbesondere mit politischem Bezug, aus der Stadtkasse ist hingegen stark zurückzufahren.

9.2 ERFOLGREICHE INTEGRATION ERFORDERT EIN POSITIVES SELBSTBILD – FÜR EINE STÄRKUNG DER IDENTIFIKATION MIT UNSERER HEIMAT

Deutsche und hannoversche Geschichte umfassen mehr als jene zwölf dunklen Jahre des Nationalsozialismus. Deutschland gehört zu den großen europäischen Kulturnationen. Auch hannoversche Schriftsteller und Philosophen wie Theodor Lessing oder August Wilhelm Schlegel, hannoversche Musiker wie die Scorpions, bildende Künstler wie Kurt Schwitters,



Wissenschaftler und Ingenieure wie die Geschwister Herschel oder Emil Berliner, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Disziplinen im weltweiten Maßstab geleistet.

Die AfD Hannover erachtet es als eines ihrer vorrangigen politischen Ziele, dieses große Kulturerbe für die kommenden Generationen nicht nur zu bewahren, sondern es im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung weiterzuentwickeln und seine unverwechselbaren Eigenheiten zu erhalten. Mit über einer Million Besuchern jährlich hat Hannover das größte Schützenfest der Welt. Als „UNESCO City of Music“ und mit der renommierten Musikhochschule genießt Hannover ebenfalls aufgrund seiner musikalischen Vielfalt großes internationales Ansehen. Der Große Garten in Herrenhausen zählt zu den bedeutendsten Barockgärten in Europa. Auf all das können wir stolz sein. Wir sind in unserer Heimatstadt verwurzelt und lieben sie.

Die gewachsene Geschichte unserer Stadt spiegelt sich auch in ihren Straßennamen wider. Viele dieser Namen sind den Bürgern seit Jahrzehnten vertraut, sie gehören damit auf ihre Weise zur Identität unserer Stadt. Straßen und Plätze sollten nicht ohne Not, nur nach Maßgabe – wechselnder! – politischen Moden umbenannt werden. Zumal, wenn das gegen den ausdrücklichen Willen einer großen Mehrheit der betroffenen Anwohner geschieht, wie es exemplarisch bei der Umbenennung der Hindenburgstraße zu sehen war und ist.

Die Benennungen von Straßen nach Persönlichkeiten und Ereignissen der lokalen oder nationalen Geschichte sind immer nur aus ihrer Zeit heraus zu verstehen. Straßennamen sind Zeugnisse der Geschichte. Es darf dem herrschenden links-grünen Zeitgeist nicht gestattet werden, sich daran zu vergreifen und alles auszumerzen, was nicht seinen Vorstellungen und Idealen entspricht.



9.3 WIR SAGEN JA ZUR RELIGIONSFREIHEIT – ABER NEIN ZUM MUEZZIN-RUF IN HANNOVER

Die AfD Hannover erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung) Schranken zu setzen durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen.

Das Minarett lehnt die AfD Hannover als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

Die Schweiz ist eine der ältesten Demokratien der Welt. Niemand wird behaupten wollen, die Schweiz sei nicht durch und durch demokratisch. Die Bewohner eben dieser Schweiz haben sich im Jahr 2009 in einer Volksabstimmung für ein Verbot des Baus von Minaretten entschieden – und diese Entscheidung gilt bis heute.

Deutschland ist ein christlich geprägtes Land mit einer christlich geprägten Kultur. Insbesondere der Muezzin-Ruf wird von weiten Teilen der bei uns lebenden Bevölkerung als fremd und störend empfunden. Im Sinne eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens muss der Muezzin-Ruf in Hannover deshalb unterbleiben.



9.4 VEREINE SIND MAßGEBLICHE SÄULEN EINER INTAKTEN GEMEINSCHAFT – SCHLIEßUNG VON SPORTSTÄTTEN IST KURZSICHTIGER AKTIONISMUS – FÜR EINE STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN VEREINEN SOWIE SCHULEN UND KITAS

In der Landeshauptstadt Hannover gibt es etwa 360 Sportvereine mit rund 110.000 Mitgliedern. Diese Sportvereine stellen als wichtiger Lebensbaustein vieler Menschen eine essentielle Säule der hannoverschen Stadtgesellschaft dar. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sind die Vereine ein maßgeblicher Beitrag zu einer positiven Charakterbildung. Hier können sie ihre Fähigkeiten und Grenzen austesten. Zudem lernen sie wesentliche Werte unserer Gesellschaft wie Leistungsbereitschaft, Teamgeist und gegenseitigen Respekt.

Durch die monatelange und pauschale Schließung von Sportstätten in den Corona-Jahren 2020/2021 wurde auch den Bürgern Hannovers die Möglichkeit genommen, ihren Körper und Geist durch Bewegung und Gemeinsamkeit gesund zu halten. Die Politik verfügte diese Schließungen, ohne nachweisen zu können, dass symptomfreie Sporttreibende überhaupt ansteckend und dass Sportstätten überhaupt Zentren der Infektionsverbreitung sind. Für uns steht der gesundheitsfördernde Charakter des Vereinssports außer Frage und wir fordern Einschränkungen der Vereinstätigkeit nur nach einer nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Abwägung durchzuführen.

Weiter setzt sich die AfD Hannover dafür ein, dass die Breite der hannoverschen Sportvereine trotz der eventuell dagegen stehenden Demografie bestmöglich erhalten bleibt.



Hierfür wird in der Zukunft eine noch stärkere Kooperation zwischen den Vereinen und den Schulen sowie Kitas vonnöten sein, um vor allem im Bereich der Ganztagsbetreuung die Möglichkeit der sportlichen Betätigung deutlich zu erhöhen. Die AfD Hannover strebt deshalb an, die Koordinations- und Vermittlungsfunktion des Stadtsportbunds durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel erheblich auszubauen.

9.5 DAS SCHÜTZENFEST IST EIN GESELLSCHAFTLICHER UND KULTURELLER HÖHEPUNKT UNSERER STADT – WIR WOLLEN DIESE TRADITION IN DIE ZUKUNFT TRAGEN

Im Sommer 2019 verunglimpfte der heutige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Landeshauptstadt, Daniel Gardemin, das Schützenwesen als „Ort der Rechten“ und brachte es damit in ungeheurerlicher Weise mit dem rechtsterroristischen Mord an Walter Lübcke in Verbindung. Auch andere linke Ratspolitiker stellen regelmäßig die Traditionen der Schützen sowie die Unterstützungsleistungen der Landeshauptstadt für das Schützenfest in Frage.

Die AfD Hannover wird sich entschieden gegen alle links-grünen Tendenzen zur Abschaffung und Verunglimpfung des Schützenwesens wenden. Die Schützen sind ein wichtiger, über Jahrhunderte gewachsener und lebendiger Teil der hannoverschen Identität, den es in die Zukunft zu tragen gilt.



9.6 HANNOVER IST SPORTSTADT – SPITZEN- UND BREITENSport GLEICHERMAßEN FÖRDERN

Sport fördert den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Er verbindet Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und Nationalität und stärkt damit unsere Gesellschaft. Die Sportpolitik ist daher ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik

Für die AfD Hannover ist die Förderung des Behinderten- und Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport. In der Sportstadt Hannover sollen daher Breiten- und Spitzensport gleichermaßen gefördert werden, wobei die Sportfördermittel insgesamt deutlich aufzustocken sind. Letzteres will die AfD Hannover durch eine Umverteilung der üppigen für ideologische Vereine genutzten Mittel zugunsten der Sportvereine erreichen. Die AfD Hannover ist sich sicher, dass sich jeder in den (Breiten-)Sport investierte Euro mehrfach auszahlt, sei es durch verminderte Kriminalität bei Jugendlichen, durch bessere Integration oder durch eine Verbesserung der Gesundheit.

Darüber hinaus sieht es die AfD Hannover als maßgebliche Aufgabe der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren an, den Erhalt und Ausbau von Sportstätten für Schul-, Vereins- und Breitensport sicherzustellen. Für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange Verfall dieser Infrastruktur in Hannover aufzuhalten und der Sanierungsstau, vor allem bei Schulsportstätten und Schwimmhallen, aufzulösen. Die Mittel für die Sanierung von Schulsportstätten sollten dazu unbürokratisch abrufbar sein.

10. SOZIALES

10.1 EINE GESPALTENE STADTGESELLSCHAFT WIRD AUF DAUER NICHT ERFOLGREICH SEIN – FÜR EINE STÄRKERE SOZIALE DURCHMISCHUNG IN DEN STADTTEILEN

Die AfD Hannover strebt im Rahmen der Stadtplanung sozial gemischte Stadtteile an, in denen Handwerker neben Akademikern, Familien neben Alleinstehenden, Kinder neben Rentnern und Migranten neben Einheimischen leben. Eine große Durchmischung der Viertel trägt zu mehr sozialer Akzeptanz und Stabilität in der Stadtgesellschaft bei.

In Hannover zeichnet sich in den vergangenen Jahren in gewissen „Mode-Quartieren“ jedoch zunehmend eine soziale Entmischung, also eine Segregation, ab. Durch die gesteigerte Wohnraumnachfrage und exorbitant hohe Mieten können sich breite Teile der Einwohner ein Leben in den begehrten Stadtteilen nicht mehr leisten. In der Folge findet keine Durchmischung der verschiedenen Einkommensgruppen mehr statt.

Diesem Trend will die AfD Hannover entgegenwirken. Die hanova WOHNEN soll als städtisches Wohnungsbaunternehmen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, zunehmend auch in den begehrteren Vierteln Hannovers günstigen Wohnraum insbesondere für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende zur Verfügung stellen zu können.

Darüber hinaus wird sich die AfD Hannover für die verstärkte Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern einsetzen, durch welche bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, der junge Familien, Azubis, Studenten und Senioren näher zusammenzubringt. Mehrgenerationenhäuser setzen der

Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlauben es rüstigen Menschen, sich durch die Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft zu erfahren. Zudem ist die Förderung des Respekts vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung ein wichtiger Aspekt, der jungen Menschen mit auf ihren Weg gegeben wird.

10.2 BESCHÄFTIGUNGSFÄHIGKEIT VON LANGZEITARBEITSLSEN ERHALTEN – FÜR DIE SCHAFFUNG UMFASSENDER ANGEBOTE IM BEREICH DER GEMEINNÜTZIGEN ARBEIT

Über 10.000 Menschen in Hannover sind langzeitarbeitslos (länger als ein Jahr), wobei über 30 Prozent hiervon bereits seit über zwei Jahren keiner geregelten Berufstätigkeit mehr nachgehen. Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt Hannover für diese Personengruppe deutlich mehr Angebote im Bereich der gemeinnützigen Arbeit schafft, um den Menschen eine Chance zu geben, sich als Arbeitnehmer zu bewähren und ihnen soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Langzeitarbeitslose können so an einen regelmäßigen Tagesablauf gewöhnt werden und ihr Selbstwertgefühl steigern. Durch eine kluge Einsatzorganisation könnten zudem Personalengpässe in der Stadtverwaltung abgemildert werden, indem sie als zusätzliche Helfer das Fachpersonal entlasten.



10.3 DIE STADTKASSE IST KEIN SELBSTBEDIENUNGLADEN – FÜR EINE SYSTEMATISCHE ÜBERPRÜFUNG DER ANSPRUCHSBERECHTIGTEN VON SOZIALLEISTUNGEN

Dem öffentlichen Sektor in Niedersachsen entstehen jedes Jahr Schäden in Millionenhöhe durch Sozialbetrug. Dabei entstehen in den vergangenen Jahren zunehmend auch immense Schäden durch „Flüchtlinge“, die sich unter einer Vielzahl verschiedener Identitäten bei den Behörden anmelden, um entsprechend mehrfach Geld vom Staat zu kassieren. Zudem wird die Problematik des Sozialbetrugs auch durch die anhaltend starke Zuwanderung aus südosteuropäischen Ländern sowie die zunehmende staatliche Machtlosigkeit gegenüber türkisch-arabischer Clankriminalität angefacht.

Die Leidtragenden dieses Betrugs sind vor allem die Kommunen. Die AfD fordert deshalb auch in der Landeshauptstadt Hannover eine rigorose Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs durch eine enge Netzwerkarbeit mit den zuständigen Behörden bei Bund und Land. Die städtischen Mitarbeiter müssen so schnell wie möglich mit funktionalen Prüfgeräten zur Feststellung gefälschter Identitätspapiere ausgestattet werden.



10.4 ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG AUCH GEGENÜBER DEN ÄLTEREN BÜRGERN – FÜR DEN ERHALT UND DIE STÄRKUNG KOMMUNALER FÜRSORGEPROGRAMME FÜR SENIOREN

Viele ältere Menschen in Großstädten wie Hannover sind von Einsamkeit bedroht. Die AfD Hannover möchte der zunehmenden Vereinsamung im Alter entgegenwirken und betroffenen Senioren ein möglichst umfassendes Angebot zur sozialen Teilhabe bieten. So soll das Konzept der ehrenamtlichen Seniorenbegleiter ausgeweitet und stärker beworben werden. Frei nach dem Motto „Wer rastet, der rostet“ setzt sich die AfD Hannover zudem dafür ein, dass Senioren vielfältige Weiterbildungsangebote in den Erwachsenenbildungsstätten (zum Beispiel in der Volkshochschule) zur Verfügung stehen. Des Weiteren sollen mehr Seniorenbegegnungsstätten geschaffen werden, wobei auch in diesem Rahmen eine Erhöhung des ehrenamtlichen Engagements wünschenswert ist.

10.5 KINDERN UND JUGENDLICHEN AUF DIE RICHTIGE BAHN HELFEN – FÜR EINE STÄRKERE QUALITÄTSKONTROLLE BEI DEN ANGEBOTEN DER JUGENDARBEIT

Die Landeshauptstadt Hannover verfügt über umfassende Programme und Angebote für Kinder und Jugendliche. Dieses im niedersachsenweiten Vergleich einmalige Engagement im Bereich der Jugendarbeit wird von der AfD Hannover im Grundsatz befürwortet. Leider ist jedoch festzustellen, dass nicht alle mit Steuermitteln geförderten Projekte und Initiativen einen sinnvollen pädagogischen Beitrag leisten.

Nicht notwendig ist es aus Sicht der AfD Hannover beispielsweise, im Rahmen der sog. „Initiativen zur kulturellen Bildung“ Kinder ab 4 Jahren über sog. „Fake News“ aufzuklären. Ebenso erscheint es fragwürdig bis überflüssig, Kindern zwischen 6 und 11 Jahren im Rahmen eines „soziokulturellen Kunstprojekts“ namens „Experimentierlabor 'Fremd'“ ein „Klima der Offenheit“ für „Geflüchtete“ vermitteln zu wollen.

Die AfD Hannover fordert stärkere Qualitätskontrolle im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere sind stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen bei Projekten und Initiativen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die öffentlichen Mittel tatsächlich im Sinne der jungen Einwohner Hannovers verwendet werden. Eine frühkindliche politische Indoktrination hat zu unterbleiben.

10.6 EINE FUNKTIONIERENDE GESELLSCHAFT DARF NIEMANDEN VERGESSEN – FÜR DIE SCHAFFUNG ANGEMESSENER VERHÄLTNISS BEI DER UNTERBRINGUNG VON OBDACHLOSEN

Lange Zeit waren in der Landeshauptstadt Hannover die Standards für die Unterbringung von Obdachlosen geringer als



für „Flüchtlinge“. Dieser ungerechte und unhaltbare Zustand änderte sich erst in der vergangenen Ratsperiode, nachdem die AfD erstmals im Jahr 2016 in den Rat der Landeshauptstadt Hannover eingezogen war.

Auch in Zukunft wird die AfD Hannover ihren Finger in die Wunde legen und sich für eine weitere Verbesserung der Unterbringungssituation für obdach- und wohnungslose Menschen einsetzen. Hierzu zählen insbesondere eine generelle Verkleinerung der Unterkünfte sowie die vermehrte Schaffung von Zwei-Bett-Zimmern in Wohnheimen und Notunterkünften. Die Verwaltung hat zudem sicherzustellen, dass ausreichend abschließbare Spinde zur sicheren Verwahrung privater Gegenstände zur Verfügung stehen. Auch ist Betreuungspersonal in ausreichendem Umfang vorzuhalten, um die Betroffenen umfassend beraten und ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen zu können.

10.7 EINE MENSCHENWÜRDIGE UNTERBRINGUNG VON OBDACHLOSEN IST AUCH EINE FRAGE DER ANZAHL – GEGEN EINE ÜBERFORDERUNG DER KAPAZITÄTEN DURCH EU- ARMUTSZUWANDERUNG

Um eine erhebliche Verbesserung der Unterbringungsqualität für Obdach- und Wohnungslose zu ermöglichen, ist es allerdings dringend erforderlich, die Anzahl der Obdach- und Wohnungslosen zu reduzieren. Denn eine substantielle Verbesserung der Unterbringungssituation wird sich mittelfristig nur durch eine stärkere Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf eine kleiner werdende Gruppe von Betroffenen erreichen lassen.



Denn zur Wahrheit gehört auch, dass es sich bei einem erheblichen Teil der ca. 5.000 obdach- und wohnungslosen Menschen in Hannover um Zuwanderer aus Osteuropa handelt, die ganz überwiegend über keinerlei Bleiberecht in Deutschland verfügen. So geht die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. davon aus, dass in Metropolen wie Hannover der Anteil der Personen auf der Straße aus dem Personenkreis der EU-Bürger, vorwiegend aus dem osteuropäischen Raum, ca. 50 Prozent beträgt.

Die AfD Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, diese Thematik endlich entschlossen anzugehen, um mit den frei werdenden Ressourcen die Situation der tatsächlich Anspruchsberechtigten zu verbessern. Neben freiwilligen Hilfen zur Rückreise in die jeweiligen Heimatländer sind durch das Ausländeramt auch Abschiebungen zu forcieren.



11. UMWELT

11.1 UMWELTSCHUTZ STATT KLIMAHYSTERIE – GANZHEITLICHE UMWELTPOLITIK STATT MILLIONENAUSGABEN FÜR FRAGWÜRDIGE IDEOLOGIE

Wir „leugnen“ keineswegs, dass es einen Klimawandel gibt und auch schon immer gegeben hat. Aber die These, dieser Klimawandel sei einzig und allein bzw. maßgeblich menschengemacht, ist durchaus nicht so unumstritten, wie Politik und Medien uns glauben machen wollen. Doch selbst unter der Annahme, es sei so, ist es unsinnig, von Deutschland mit seinem bescheidenen Anteil von etwa 2 Prozent an den weltweiten „menschengemachten“ CO₂-Emissionen, die Rettung der Welt zu erwarten.

Zumal zum Beispiel Chinas CO₂-Ausstoß weiter steigt und das Land jedes Jahr etwa so viel CO₂ zusätzlich ausstößt, wie Deutschland jährlich insgesamt emittiert. Umso albern ist es, anzunehmen, noch so große Anstrengungen einer Stadt wie Hannover zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes könnten auch nur die geringsten Auswirkungen auf das Weltklima haben. Die sinnlosen Millionenausgaben der Landeshauptstadt Hannover für Projekte wie die Schaffung einer „klimaneutralen Region Hannover“ oder das „Klimafest autofreier Sonntag“ lehnt die AfD Hannover daher ab.

Selbstverständlich will auch die AfD in einer sauberen und gesunden Umwelt leben und die natürliche Tier- und Pflanzenwelt erhalten. Es entspricht klassischem konservativem Denken, die natürlichen Ressourcen zu schonen und zu bewahren. Und auch der stete Kampf gegen die Vermüllung und Verwahrlosung des öffentlichen Raums ist ein Beitrag zum Umweltschutz – klassische Umweltpolitik eben, für welche auch die AfD Hannover steht.



11.2 DIE "ENERGIEWENDE" IST EIN TEURER UND GEFÄHRLICHER UNFUG – OHNE KONVENTIONELLE KRAFTWERKE GEHT ES NICHT

Schon 2014 sagte der SPD-Politiker Sigmar Gabriel: „Die Energiewende steht kurz vor dem Aus. Die Wahrheit ist, dass wir die Komplexität der Energiewende auf allen Feldern unterschätzt haben. Die anderen Länder in Europa halten uns sowieso für Bekloppte.“ Diese Auffassung teilt die AfD Hannover. Es ist eine teure und gefährliche Illusion, zu glauben, eine (Noch-)Industrienation wie Deutschland könnte ihren Strombedarf zum weit überwiegenden Teil aus Wind- und Sonnenenergie decken.

Diese Energiequellen stehen nicht zuverlässig zur Verfügung ("Zappelstrom") – und manchmal auch gar nicht, nämlich dann, wenn es dunkel und windstill ist ("Dunkelflaute"). Die Förderung der Landeshauptstadt Hannover für den Solarstrom ist deshalb einzustellen.

Es liegt offen auf der Hand, dass der Strom irgendwo herkommen muss, wenn Wind und Sonne einmal nicht liefern – zumal, solange es keine wirtschaftlichen Speichermedien für diese volatilen Energien gibt. (Entgegen der Annahme einer Grünen-„Spitzenpolitikerin“ ist das Netz nicht der Speicher).

Zudem sieht es nicht so aus, dass es diese Speichermedien in absehbarer Zeit geben wird. Da Wasserkraft und Biomasse keine nennenswerte Rolle spielen und auch nicht spielen werden, bleiben – abgesehen von einer unsicheren Stromversorgung durch das Ausland – nur die zuverlässigen konventionellen Kraftwerke. Und da sich Deutschland törichterweise zunehmend von der Kernkraft verabschiedet, können das nur Kohlekraftwerke sein.



Bestrebungen, das Kohlekraftwerk Stöcken vorzeitig vom Netz zu nehmen – und es überhaupt vom Netz zu nehmen! – erteilt die AfD Hannover eine klare Absage.

11.3 SCHÜTZT UNSERE KLEINGÄRTEN – VERDICHTUNG MUSS AUCH AUF DIESE STÄDTISCHEN NATURRÄUME RÜCKSICHT NEHMEN

Selbstverständlich müssen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch umfassende Möglichkeiten zur Verdichtung geprüft und genutzt werden. Allerdings ist festzustellen, dass im Stadtgebiet Hannovers zunehmend das Augenmaß für eine Verdichtung in der Fläche verloren gegangen ist. So müssen auch immer mehr Kleingärten der massiven Wohnbebauung weichen (zum Beispiel der Kleingärtnerverein Rabenhorst-Schorbusch e.V. und der Kleingartenverein Friedenau e.V.).

Dieser Verlust von Kleingärten und grünen Oasen hat nicht nur eine negative Wirkung auf die heimische Tier- und Pflanzenwelt, sondern geht für die Betroffenen auch mit einem erheblichen Verlust von Lebensqualität einher.

Die AfD Hannover setzt sich dafür ein, bestehende Kleingartenflächen zu erhalten. Zum Ausgleich für bereits überbaute oder in naher Zukunft wegfallende Flächen sollen darüber hinaus 500 neue Kleingartenparzellen im Stadtgebiet Hannover bis zum Jahr 2030 geschaffen werden.



11.4 FÜR EIN EINE VERBESSERUNG UNSERES STADTKLIMAS – MEHR GRÜN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Mit dem Stadtwald Eilenriede, Naherholungsgebieten wie dem Maschsee sowie vielen Parks ist Hannover bereits eine der grünsten Großstädte Deutschlands. Dennoch sollte sich die Stadt hierauf nicht ausruhen, sondern weiterhin versuchen, möglichst viele Blumen, Bäume und Sträucher im öffentlichen Raum zu integrieren. Denn die urbane Pflanzenwelt verbessert nicht nur das Stadtklima und erhöht damit die Lebensqualität, sondern sorgt auch für eine stärkere Identifikation der Menschen mit ihren Vierteln.

Die AfD Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, weiterhin nach innovativen Möglichkeiten zu suchen, die Natur stärker in den öffentlichen Raum einzubinden. Dabei ist insbesondere die Begrünung von Flachdächern sowie von Fassaden städtischer Gebäude zu prüfen. Auch die Konzepte zur Anlage und Sanierung von Straßen sollten weiterhin mit üppigen bepflanzbaren Versickerungsflächen geplant werden. Zudem wird die AfD Hannover nach erfolgter Haushaltskonsolidierung anregen, die Möglichkeit der Errichtung von Dachparks in der Innenstadt zu prüfen.

11.5 EINE STADT MUSS „ATMEN“ – FÜR EIN UMFASSENDES PROGRAMM ZUR ENTSIEGELUNG VON BODENFLÄCHE IM STADTGEBIET

Der Boden ist ein wertvolles Naturgut. Er bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen ist er essentieller Bestandteil des Ökosystems. Zudem nimmt er wichtige Filterfunktionen wahr.

Leider ist festzustellen, dass der Boden in Städten durch den stetig wachsenden Versiegelungsgrad zunehmend seiner natürlichen Funktionen beraubt wird. Dabei ist leider auch in Hannover immer wieder zu beobachten, dass es nicht immer gelingt, das Ziel eines möglichst schonenden Umgangs mit der Ressource Boden im Rahmen von Baumaßnahmen ausreichend zu berücksichtigen. Als besondere Negativ-beispiele seien hier die Gestaltung des Trammplatzes oder des Schützenplatzes durch die Stadtverwaltung genannt..

Die AfD Hannover wird sich dafür einsetzen, das Bewusstsein für das Thema der Flächenentsiegelung zu schärfen. Um als öffentliche Hand mit gutem Beispiel voranzugehen, soll zudem ein entsprechendes Programm für die Umgestaltung kommunaler Flächen aufgelegt werden.

11.6 INSEKTEN SIND UNVERZICHTBARER BESTANDTEIL UNSERES ÖKOSYSTEMS – FÜR DIE ERHALTUNG UND DIE SCHAFFUNG INSEKTENFREUNDLICHER LEBENSÄUUME

Insekten erfüllen eine wichtige Funktion im Ökosystem und bereichern das Leben der Menschen auch in der Stadt. Die Bemühungen der Stadtverwaltung, die Insekten- und besonders die Bienenvielfalt im Stadtgebiet zu erhöhen, sind deshalb zu befürworten. Zu diesem Zwecke setzt sich die AfD Hannover dafür ein, öffentliche Grünanlagen möglichst ökologisch zu bewirtschaften. Auf Pestizide soll nach Möglichkeit verzichtet werden.

Dort, wo dies mit den Verkehrssicherungspflichten der Stadt in Einklang steht, sollen zudem Blätter, Zweige und andere Pflanzenreste als Nist- und Überwinterungsplätze liegenbleiben. Darüber hinaus setzt sich die AfD Hannover für die Schaffung von weiteren Blühwiesen sowie für die Bereitstellung von weiteren Insektenhotels im Stadtgebiet ein.





12. WAHLAUFRUF

Die Alternative für Deutschland stellt sich Ihnen am 12. September 2021 in Stadt und Region zur Wahl. Sie will eine politische Alternative zur Politik der etablierten Alt-Parteien in Hannover bieten. Mit unserem Kommunalwahlprogramm „Politik für Hannover“ zeigen wir Ihnen, wie wir die Zukunft unserer Region gestalten, die Lebensqualität erhöhen und den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung stärken wollen.

Unser Wahlprogramm ist eine gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen und verfilzten Politik der etablierten Alt-Parteien. Wir wollen Kommune und Gesellschaft dezentral, volks- und basisnah gestalten und dadurch die Bürgerschaft stärken.

**Wir wollen, dass Sie in
Stadt und Region Hannover
sicher und frei leben können!**

Unterstützen Sie unsere Politik!

**Wählen Sie am 12. September 2021 die
Alternative für Deutschland!**







Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Für die bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2021 sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen.

Jede Zuwendung hilft!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

SPENDENKONTEN:

AfD Kreisverband Hannover Stadt

IBAN: DE67 2505 0180 0910 2231 30

Sparkasse Hannover

AfD Kreisverband Hannover Land

IBAN: DE64 2505 0180 0910 1892 34

Sparkasse Hannover

Kommunalwahl 2021



AfD Kreisverband Hannover Stadt
www.afd-hannover.de

AfD Kreisverband Hannover Land
www.afd-hannover-land.de
Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-hannover.de